



Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission Lehren aus
Afghanistan für das künftige vernetzte
Engagement Deutschlands

Wortprotokoll der 24. Sitzung

Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands

Berlin, den 3. Juli 2023, 13:00 Uhr
Sitzungssaal 4.900, Paul-Löbe-Haus
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee

Vorsitz: **Michael Müller, MdB (SPD)**

Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 4

Öffentliche Anhörung zum Thema

**„Politische Verantwortungsstrukturen des
Afghanistaneinsatzes – Rolle von
Bundeskanzleramt und Bundesregierung“**

Eingeladene Sachverständige:

Joschka Fischer
Bundesminister a. D.
(1998 – 2005: Bundesminister des
Auswärtigen und Vizekanzler)



Heidemarie Wieczorek-Zeul
Bundesministerin a. D.
(1998 – 2009: Bundesministerin für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung)

Dr. Thomas de Maizière
Bundesminister a. D.
(2005 – 2009: Bundesminister für besondere
Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes /
2009 – 2011 und 2013 – 2018: Bundesminister
des Innern / 2011 – 2013: Bundesminister der
Verteidigung)

Gerhard Schindler
(2012 – 2016: Präsident des
Bundesnachrichtendienstes)

Stellungnahme:

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Bundesministerin a. D.

Kommissionsdrucksache 20(28)28

Anlage



Mitglieder der Enquete-Kommission

Abgeordnete

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Müller, Michael Schmid, Christoph Türk-Nachbaur, Derya	Fiedler, Sebastian Özoğuz, Aydan Sthamer, Nadja
CDU/CSU	Beyer, Peter Güler, Serap Hierl, Susanne	Brand, Michael Bröhr, Marlon Dr. Leikert, Katja Dr.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Gambir, Schahina Krämer, Philip	Düring, Deborah Spellerberg, Merle
FDP	Gerschau, Knut Sauter, Christian	Jurisch, Ann Veruschka Dr. Müller-Rosentritt, Frank
AfD	Nolte, Jan Ralf	Wundrak, Joachim
DIE LINKE.	Hunko, Andrej	N.N.

Sachverständige Kommissionsmitglieder:

Prof. Dr. Anna Geis

Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Reiner Haunreiter

Dr. Michael Lüders

Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala

Dr. Katja Mielke

Winfried Nachtwei

Egon Ramms

Prof. Dr. Ursula Schröder

André Wüstner

Jörg Vollmer

Dr. Ellinor Zeino



Beginn: 13:00 Uhr

Einzigster Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema „Politische Verantwortungsstrukturen des Afghanistaneinsatzes – Rolle von Bundeskanzleramt und Bundesregierung“

Der **Vorsitzende**: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie ganz herzlich zur zehnten öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission. Ich heiße die Gäste auf der Tribüne sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer, die über den Livestream zugeschaltet sind und unsere Sitzung im Internet mitverfolgen, ganz herzlich willkommen. Vielen Dank für Ihr Interesse! Ich möchte wie immer darauf hinweisen, dass der Inhalt unserer heutigen Sitzung ab morgen in der Mediathek auf der Website des Bundestages abrufbar ist. Ich freue mich sehr darüber zu spüren, dass es sowohl an der direkten Übertragung wie auch an den aufgenommenen Sitzungen in der Mediathek immer mehr Interesse gibt. Und das obwohl – ich kann es mir nicht verkneifen – es das Präsidium auch ein Jahr nach unserer Konstituierung noch nicht geschafft hat, uns auf der Bundestags-App kenntlich zu machen und auch auf dieser Seite für uns zu werben.

Meine Damen und Herren, das Thema unserer heutigen Anhörung lautet: „Politische Verantwortungsstrukturen des Afghanistan-einsatzes – die Rolle von Bundeskanzleramt und Bundesregierung“. Ich freue mich, dass wir dazu heute drei Mitglieder früherer Bundesregierungen sowie einen ehemaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes als Sachverständige begrüßen dürfen. Wir begrüßen ganz herzlich Herrn Joschka Fischer, der von 1998 bis 2005 Vizkanzler und Bundesminister des Auswärtigen war. Ein herzliches Willkommen auch an Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul. Sie war von 1998 bis 2009 Bundesministerin für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit. Wir begrüßen Herrn Dr. Thomas de Maizière. Von 2005 bis 2009 war er Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, danach war er bekanntermaßen Bundesinnenminister und

Bundesverteidigungsminister. Abschließend begrüßen wir Herrn Gerhard Schindler, der von 2012 bis 2016 Präsident des Bundesnachrichtendienstes war.

Sie alle haben große Verantwortung getragen und vor allem in der damaligen Ausnahmesituation nach den Anschlägen des 11. Septembers schwierige Entscheidungen im Hinblick auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik getroffen. Wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft, uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung zu stehen und über Ihre Erfahrungen zu berichten. Wir haben in unserer Einladung eine Frage an Sie gerichtet: Wie haben Sie im Rahmen Ihrer damaligen Funktion und Verantwortung das deutsche Afghanistan-Engagement bewertet, und wie bewerten Sie es aus der heutigen Perspektive?

Wir haben in den bisherigen Anhörungen, die Sie vielleicht auch mitverfolgt haben, viele Sachverständige gehört, wie Diplomaten und Diplomaten, Vertreter von NGOs und Vertreter der Bundeswehr. Immer wieder wurden uns aus den unterschiedlichsten Perspektiven Dinge zugetragen, die in unserer Beratung eine große Rolle gespielt haben. Unter anderem wurden immer wieder die mangelnde Einbeziehung und Beteiligung der Taliban, bereits ausgehend von der Petersberg-Konferenz, genannt. Herr Lakhdar Brahimi, der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Afghanistan, hat es sogar als Ursünde bezeichnet, dass es keine Art der Kontaktaufnahme gab. Auch die mangelnde Vorbereitung auf den Einsatz wurde immer wieder angesprochen, genauso wie die zumindest nicht hinreichende Koordinierung vor Ort und innerhalb der Bundesregierung. Thematisiert wurde auch die große Abhängigkeit vom Engagement der USA, die ihr Interesse offensichtlich sehr schnell eher Richtung Irak verlagert hatten. Dies sind Aspekte, die in unseren Beratungen eine große Rolle gespielt haben. Wir werden sehen, ob Sie die Positionen auch teilen und unterstreichen können oder andere Positionen vertreten.

Herr Fischer, Frau Wieczorek-Zeul, Herr de Maizière und Herr Schindler, Sie haben für Ihre Eingangsstatements jeweils zehn Minuten Zeit.



Anschließend folgen die Fragen der Kommissionsmitglieder in einem Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Jeder Fraktion stehen drei Minuten für ihre Fragen zur Verfügung. Sie haben dann jeweils drei Minuten Zeit für die Beantwortung. Wir werden über unseren Medienwürfel einen Countdown laufen lassen. Ich bitte hierfür um Verständnis, denn in Anbetracht der knappen Zeit, der vielen Fragerunden und des großen Interesses müssen wir mit dem Zeit-Management sehr diszipliniert umgehen. Sie kennen das aus der Parlamentsarbeit.

Noch ein technischer Hinweis: Zur Erstellung des Protokolls wird eine Tonaufzeichnung erfolgen und nach Aufnahme der bereits erfolgten Auftaktbilder sind keine weiteren Bild- und Tonaufnahmen zulässig. Gibt es zu dem Verfahren, wie ich es dargestellt habe, noch Fragen oder Anmerkungen zum Beginn der Sitzung? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann treten wir in die Beratung ein. Herr Fischer, Sie haben das Wort.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Angesichts des knappen Zeitbudgets fange ich damit an, wie es tatsächlich begann, mit dem 11. September 2001. Wer den Tag erlebt hat, wird sich ein Leben lang daran erinnern können, vor allem wenn man ihn in der Bundesregierung erlebt hat. Es war ein Schock. Für die Bundesrepublik Deutschland war es ein doppelter Schock, weil sich mit sehr kurzer Zeitverzögerung herausstellte, dass sich der entscheidende Täterkreis lange Zeit in Hamburg-Harburg aufgehalten hat. Daher bestand das außenpolitische Risiko, dass der Eindruck hätte entstehen können, dass die Bundesrepublik Deutschland den Anschlag hätte verhindern können und nicht verhindert hat. Hinzu kommt, dass die USA die entscheidende Schutzmacht für unsere nationale Sicherheit und für das Bündnis sind, sodass das eine sehr prekäre Situation war. Diese Situation hat sich aufgrund der Tatsache, dass die US-Sicherheitsbehörden eine eigene Verantwortung zu tragen hatten, Gott sei Dank recht schnell aufgelöst. Aber für uns war klar, dass die Karten im Bündnis völlig neu gemischt

würden und wir uns auch nur ein Zögern bei der Solidaritätserklärung nicht erlauben konnten. Entsprechend hat der Bundeskanzler – ich denke schon am Abend des 11. September – von uneingeschränkter Solidarität gesprochen.

Ich selbst war wenige Tage nach dem 11. September bei einem Allgemeinen Rat in Brüssel, an dem der NATO-Generalsekretär auch teilgenommen hat, was damals keine Selbstverständlichkeit war, sondern eher eine ganz große Ausnahme. Und dort wurde die Erklärung nach Artikel 5 des NATO-Vertrags auf den Tisch gelegt. Ich habe um eine Auszeit gebeten, weil ich mich nicht in der Lage sah, das allein zu entscheiden, sondern habe selbstverständlich mit dem Bundeskanzler telefoniert. Aber es war uns klar, dass wir in voller Solidarität im Bündnis zu stehen hatten. Und entsprechend übertrug sich das in der späteren Phase, als klar wurde, dass es die Bin Laden-Gruppe gewesen ist, dass die Taliban nicht auf Distanz zu Bin Laden gehen würden und dass es sich in Richtung Afghanistan entwickelte.

Da war der große Unterschied – lassen Sie mich das hier einflechten – zum Irak. Beim Irak war das, was vorgelegt wurde, reine Fantasie. Es gab sehr detaillierte Überprüfungen, es gab die Kooperation der Nachrichtendienste. Und es zeigte sich, dass überall dort, wo die Inspektoren hingeschickt wurden, die zu dem Zeitpunkt Zugang im Irak hatten, die Inspektoren zurückkamen nicht mit: „Da ist nichts!“, sondern mit: „Begründet, was da ist!“ Und es zeigte sich recht früh, dass die ganzen Vorstellungen von Weapons of Mass Destruction [Massenvernichtungswaffen] Fantasie waren.

Insofern waren wir uns in der Bundesregierung einig, dass wir in der Bündnissolidarität bleiben würden und bleiben mussten. Entsprechend haben wir auch die Beschlüsse gefasst und uns an der militärischen Aktion beteiligt. Wobei: Die ursprüngliche Invasion in Afghanistan fand im Wesentlichen durch die Amerikaner und die Briten statt, und der Bündniseinsatz kam zu einem späteren Zeitpunkt.



Wenn Sie mich fragen, wie ich das aus damaliger Sicht sehe: Ich sehe es als eine Entscheidung, die zu treffen war, die gerade für die damalige Bundesregierung alles andere als einfach war. Und es musste sein, aus dem übergeordneten Bündnisinteresse heraus. Gerade heute wissen wir, wie sehr wir in unserer Sicherheit von den USA abhängen und auch noch längere Zeit abhängen werden. Selbst wenn alle Wünsche in Erfüllung gingen, wird das so bleiben – angesichts der Gefahren, die sich östlich der Bündnisgrenze aufgebaut haben, Ukraine-Krieg etc. Es war unbedingt nötig, diese Entscheidung zu treffen. Und wie ich sagte, es war nicht einfach, auch innenpolitisch nicht.

Wie sehe ich den Einsatz im Rückblick? Ich bin der Meinung, dass die USA recht früh nach dem militärischen Erfolg am Boden ihre besten militärischen Teams abgezogen haben – Sie haben es erwähnt, Herr Vorsitzender. Der damalige BND-Präsident hat mir gegenüber gesagt, es gehe Richtung Irak, es gebe Vorbereitungen für den Einsatz im Irak. Der Irak war eine völlig andere Situation. Ich war persönlich nie der Meinung, dass Saddam Hussein etwas mit Al-Qaida zu tun hatte. Das waren Todfeinde, deren Anhänger sich gegenseitig umgebracht haben, wenn die Möglichkeit bestand. Und aus dieser Sicht war ich von Anfang an sehr skeptisch und hielt das eher für eine Ablenkung. Am Boden in Afghanistan hat sich diese Verschiebung dann auch so herausgestellt. Der Schwerpunkt, auch der innenpolitisch-mediale Schwerpunkt in den USA, ging weg von Afghanistan und in Richtung Naher Osten. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich Afghanistan immer als das erste Opfer des Irakkriegs bezeichnet. Denn auch der ganze Schwerpunkt der Hilfen wurde insgesamt heruntergefahren – Heidmarie Wieczorek-Zeul wird darüber sicher mehr sagen. Wir haben daran festgehalten. Wir haben uns auch an den verschiedenen Polizeieinsätzen beteiligt, die sehr wichtig waren. Unter all diesen Gesichtspunkten sehe ich im Rückblick zwar das Debakel, das zurückgeblieben ist, aber das hat mehr mit dem überstürzten, übereilten Abzug zu tun. Und darüber will ich nicht reden, denn das hat sich sehr viel später ereignet.

Ich denke, Afghanistan wird noch lange ein Ort der Unsicherheit bleiben und es kann gut sein, dass der Indien-Pakistan-Konflikt Afghanistan zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal auf die Tagesordnung bringen wird. Ich sehe das sehr skeptisch, von dem humanitären Desaster im Land ganz zu schweigen. Das humanitäre Desaster war absehbar. Dass die Taliban nichts von dem unangetastet lassen, was an mühseligen, kleinen Erfolgen im Aufbauprozess erreicht wurde, war auch klar. Absehbar war auch, dass es vor allem Frauen und Mädchen trifft. Es ist schrecklich, wenn man sich die Situation heute anschaut.

Ich halte unseren Einsatz nicht für einen Fehler. Wären wir nicht mitgegangen, hätten wir dafür im Bündnis einen enorm hohen Preis bezahlt. Was ich heute sehr kritisch, vielleicht auch selbstkritisch sehe, ist die mangelnde militärische Stärke, die wir damals hatten. Hier sind die politischen Parteien rings um den Tisch versammelt, und mit Ausnahme von einer waren sie alle an diesem Prozess beteiligt. Ich nehme meine eigene Partei mitnichten aus. Diese mangelnde militärische Stärke hat sich dann auch am Boden nicht nur in fehlender militärischer Fähigkeit umgesetzt, sondern auch in geringerem politischem Einfluss. Das muss man klarsehen. Die Lektion, die ich gelernt habe, ist, dass wir für solche härteren Einsätze schlicht und einfach vorbereitet sein und die Fähigkeiten bereithalten müssen. Ich sehe keinen Widerspruch zwischen zivilem Aufbau, ziviler Hilfe, Polizeieinsatz und robuster militärischer Präsenz. Das halte ich für meinen persönlichen Lerneffekt aus der Afghanistan-Mission fest. Soweit.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Fischer. Wir machen gleich weiter mit Frau Wieczorek-Zeul.

Heidmarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Vielen Dank. Ich muss zu der ursprünglichen Begründung des Afghanistaneinsatzes im Moment nichts sagen. Ich wollte Ihnen aber schildern, dass ich mich, nachdem die Afghanistan-Konferenz im November/Dezember 2001 auf dem Petersberg stattgefunden hatte, am 12. Dezember 2001 mit einer ganz kleinen Delegation nach Kabul aufgemacht habe. Wir konnten noch gar nicht in Kabul landen, sondern sind über Islamabad nach



Bagram geflogen. Das war der Tag, an dem die Taliban ihre endgültige Aufgabe signalisiert hatten. Am Abend dieses ersten Tages habe ich dann den benannten, sich aber noch nicht formell im Amt befindlichen, künftigen Präsidenten Hamid Karzai getroffen, der an diesem Tag überhaupt erst zurückgekommen war.

Alle Treffen dieser Reise waren geprägt von den Erwartungen der Frauen und Mädchen auf Respekt und Anerkennung, und von der Hoffnung, wieder in die Schule gehen oder wieder berufstätig sein zu können. Mich hat die Begegnung mit der nominierten Gesundheitsministerin, die ich vorher noch nie in meinem Leben getroffen hatte, besonders beeindruckt. Sie umarmte mich und sagte: Wir haben so auf Euch gehofft und gewartet.

Ich möchte Ihnen gerne darstellen, welche Schwerpunktsetzung ich mit meiner eigenen Arbeit als Ministerin verbunden habe und auch, welche Wirkungen das hatte. Wir können dann auch die Frage der Koordination innerhalb der Bundesregierung ansprechen. Für mich jedenfalls, das haben Sie bei meiner Eingangsbemerkung gemerkt, war eine der Triebfedern des Engagements in Afghanistan, die Entrechtung der Frauen beenden zu helfen und ihre Menschenrechte in einer sehr traditionellen, sehr patriarchalisch geprägten Umgebung sichern zu helfen. Ich bin immer noch eine überzeugte Anhängerin des Konzepts der Responsibility to Protect. Und gerade deshalb halte ich es für eine unverzeihliche Fehlentscheidung, ja ein Verbrechen gegen die Rechte der Frauen, dass die damalige US-Regierung mit den Taliban-Vertretern in Doha ein Abkommen ohne jegliche Konditionen ausgehandelt hat, das den Abzug der USA und danach der anderen nach sich zog.

Von Beginn des Einsatzes in Afghanistan an haben wir als staatliche deutsche Entwicklungszusammenarbeit sehr stark mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet, aber natürlich auch mit den afghanischen staatlichen Strukturen, soweit sich diese entwickelt hatten, zum Beispiel in Form von Regierungskonsultationen, von Regierungsverhandlungen. Wir arbeiteten auch mit den regionalen Partnern, als sich der Einsatz

nach Kunduz weiterentwickelte. Dabei – das drücke ich jetzt höflich aus – waren die afghanischen Minister und Ministerien von sehr unterschiedlicher Qualität.

Übrigens haben wir über den Afghan Reconstruction Trust Fund, also über multilaterale Organisationen, auch den Süden Afghanistans mit unterstützt. Zu Anfang ging es natürlich um die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen. Da waren die Schwerpunkte Energie, Zugang zur Energieversorgung, Gesundheit und Zugang zu sauberem Wasser. Deutschland hat allein 786 Trinkwasseranlagen gebaut, die übrigens – sagen manche – auch durchaus noch funktionsfähig sind. Auch das ist nicht unwichtig. Und natürlich waren auch die Wirtschaft, der Zugang zu Mikrokrediten und die Bildung und Stärkung der Frauen Schwerpunkte des Engagements.

Mir ging es vor allen Dingen auch um die Stärkung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen und den Schutz der Rechte von Frauen – bei der Beratung zur Formulierung der neuen Verfassung, bei der Verankerung im nationalen Action Plan for Women und in der afghanischen nationalen Strategie selbst. Wir halfen, Rechtsberatungsstellen und Rechtshilfe zu schaffen, um die Frauen vor häuslicher Gewalt und vor gesellschaftlicher Gewalt, zum Beispiel vor Zwangsheiraten, zu schützen. Darüber hinaus halfen wir bei der Ausbildung in Justiz, Polizei und Verwaltung für weibliches Personal und natürlich auch bei der Beratung der Ministerien.

Im Bereich der Bildung gab es eine relativ gute Zusammenarbeit mit dem afghanischen Entwicklungsminister, der eine umfassende Strategie zum Aufbau des Bildungssektors und neue Curricula entwickelt hatte. Wichtig war hierfür auch die Lehrerausbildung in den Provinzen. Im Jahr 2008 konnten sechs Millionen junge Menschen die Schule besuchen, darunter mehr als ein Drittel Mädchen. Im Jahr 2001 war ihnen diese Chance noch genommen. Neben den besseren schulischen Chancen für Mädchen war für Frauen vor allem der Zugang zu Gesundheitsstationen und zu rehabilitierten Krankenhäusern wichtig. Deshalb hat sich die



Müttersterblichkeit und auch die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren in diesem Zeitraum halbiert. Auch das ist wichtig.

Wie war die Abstimmung zwischen den Ressorts der Bundesregierung? Zu Anfang gab es die Konzeption der vernetzten Strategie in dem Sinne nicht. Es ging eigentlich um die Frage nach dem Verhältnis von zivil und militärisch. Als sich die Provincial Reconstruction Teams (PRT) bildeten, war das zentrale Problem, dass in den US-geführten PRTs das Militär den Hut aufhatte. Und für mich war klar, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht dem Befehl von Militärs unterstellt werden konnte. Das hätte jeder Strategie, die es über Jahrzehnte hinweg gab, widersprochen. Wir haben daraufhin das Konzept „Gemeinsame Verantwortung, getrennte Verantwortlichkeiten der Ministerien“ entwickelt. Aus Zeitgründen zitiere ich Ihnen jetzt nicht, was eine gemeinsame Position zwischen den vier Ressorts AA, BMI, BMVg und BMZ im August 2006 zur guten Zusammenarbeit in diesem Bereich gesagt hat, ich kann aber in der Diskussion gern darauf zurückkommen.

Ich gehe nun darauf ein, welche tieferliegenden Ursachen es aus meiner Sicht dafür gegeben hat, dass sich die Taliban 2005/2006 wieder reorganisiert haben – Joschka hat es zum Teil bereits angesprochen. Meines Erachtens gab es von Anfang an ein massives Spannungsverhältnis zwischen der Anti-Terrorismus-Strategie der USA, Stichwort Operation Enduring Freedom, und dem Stabilisierungseinsatz ISAF. Das Vorgehen von US-Kräften, mehr noch von privaten militärischen Kräften unter US-Einfluss, führte nach einiger Zeit zur Ablehnung in der Bevölkerung: Aus den Befreiern schienen Besatzer geworden zu sein. Hinzu kommt – auch das hat Joschka Fischer angesprochen –, dass der von den USA im Jahr 2003, also eineinhalb Jahre nach dem Afghanistan-Einsatz, begonnene Irakkrieg unter mehreren Gesichtspunkten Auswirkungen auf die Situation in Afghanistan hatte: Aufmerksamkeit und die Finanzierung durch die USA ließen nach. General Petraeus hat das, wie ich gesehen habe, hier auch schon einmal betont.

Die islamistischen Bewegungen erhielten weltweit

Zulauf, die Missachtung von Menschenleben und die – in Führungszeichen – „Legalisierung“ von Foltermethoden, die die USA praktizierten und die dem internationalen Recht widersprachen – ich erinnere an das Beispiel des irakischen Gefängnisses Abu Ghraib im Jahr 2004 –, führten zu einer Verachtung im Bewusstsein vieler Afghanen und erleichterten den Taliban die Unterstützung in der Bevölkerung. Und das hatte auch Auswirkungen auf das Verständnis von Soldaten insgesamt. Soldaten wurden als alle gleich betrachtet. Und als Präsident Obama 2009 ins Amt kam, versuchte er eine Veränderung der Strategie, aber da war es aus meiner Sicht schon zu spät.

Was hätte die Konsequenz sein müssen? Darüber, ob die Taliban von Anfang an bei den Verhandlungen hätten einbezogen werden müssen, müsste man ehrlich gesagt länger diskutieren, aber: Hätten Gruppierungen der Taliban grundsätzlich in die internationalen Beratungen einbezogen werden sollen? Das hat im Übrigen im Jahr 2007 der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck vorgeschlagen, er hat aber nur Ablehnung zu diesem Vorschlag erhalten. Eine frühzeitige internationale Verhandlung nach der Londoner Konferenz von 2010 wäre sicher richtig gewesen, nämlich die Übergabe in die afghanische Verantwortung und ein verhandelter Abzug der Truppen, aber mit verhandelten Konditionen. Ich verhehle nicht, dass mir das auch sehr schwergefallen wäre. Denn die Frage, welche Konditionen das hätten sein sollen, hätte viel Nachdenken und auch möglicherweise Kompromisse bedeutet.

War also alles umsonst? Ich denke nein, denn 20 Jahre freiere Lebenschancen für junge Menschen und für Frauen sind Keimzellen der Hoffnung, die meines Erachtens niemand beiseiteschieben kann und beiseiteschieben darf. Jeder Einsatz muss einzeln bewertet werden. Deshalb kann man keine Schlussfolgerungen ziehen, wie ein solcher Einsatz, wenn er denn neu stattfände, aussehen müsste. Auf jeden Fall müssten folgende Kriterien berücksichtigt werden: eine gemeinsame UN-Mission, Zurückdrängen des Einflusses großer Mächte, klare Regelungen für Militäreinsätze einschließlich einer Exit-Strategie, und



abschließend will ich auch ein Plädoyer zugunsten der unverzichtbaren Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in der Stabilisierung konfliktbelasteter Regionen halten.

Ich möchte all den Menschen danken, die sich unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit für die Menschen in Afghanistan eingesetzt haben. Es war nicht umsonst!

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für Ihr Statement, Frau Wieczorek-Zeul. Herr de Maizière, bitte.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Herr Vorsitzender, lieber Herr Müller, meine Damen und Herren, ich war in meiner Amtszeit dreizehnmal in Afghanistan, und es fällt mir schwer, mich aus der Sicht von heute in die damalige Sicht während der jeweiligen Entscheidungsstufen hineinzusetzen. Allerdings ist das für Ihre Arbeit und auch generell nötig, dass man so etwas kann. Aber mir fällt es schwer. Ich werde unter anderem auf meine Zeit als Chef des Bundeskanzleramts eingehen und später ein Gesamtfazit ziehen.

Ein paar Splitter zu der Zeit von 2005 bis 2009, als wir die Regierung übernahmen: Im September 2005 fand die erste freie Parlamentswahl statt, und es gab große internationale Zustimmung. Am 1. Juli 2006 übernahm Deutschland das ISAF-Kommando im Norden. Im Jahr 2005 betrug die Soldatenstärke 3.000, 2008 betrug sie 4.500 und 2010 war die Zahl mit 5.350 am höchsten. Seitdem gab es einen ständigen Kampf um die Truppenstärke. 2006 begannen die Debatten über die zunehmende Gewalt. Sie haben es gerade angesprochen, Frau Wieczorek-Zeul.

Das Jahr 2007 hat mich als Chef BK [Chef des Bundeskanzleramtes] sehr beschäftigt. Es gab mehrere Entführungen deutscher Staatsbürger in Afghanistan, Blechschmidt und andere. 2007 sind zum ersten Mal drei deutsche Polizisten bei einem Sprengstoffanschlag ums Leben gekommen. Im Oktober/November 2007 fand die erste militärische Operation seit dem Zweiten Weltkrieg im Norden Afghanistans unter Führung der Bundeswehr statt, fast vollständig unbemerkt.

Erst 2007 gab es die erste Polizeimission Europas, EUPOL, in Afghanistan. Deutschland hatte mit 60 Polizisten das stärkste Kontingent. Im September 2009 wurden die Tanklaster bei Kunduz bombardiert, ich komme gleich nochmal darauf zurück. Im April 2010 waren die Karfreitagsgefechte, parallel dazu jede Menge Afghanistan-Konferenzen. Wenn man das alles kurz zusammenfasst, was sich dahinter jeweils verbirgt – ich kann es aus Zeitgründen nur andeuten –, dann kann man sehen, was in diesen vier Jahren an Entwicklung stattgefunden hat.

Zu meiner Rolle als Chef BK: ich habe eine sehr aktive Rolle des Chef BK in der Außen- und Sicherheitspolitik von Frank-Walter Steinmeier übernommen. Das war früher ganz anders. Ich habe das mit wöchentlichen Sicherheitslagen und der Präsidentenlage fortgesetzt, Herr Schindler war häufig dabei. Naturgemäß war der Blick dabei auf der Sicherheitslage. Der Wiederaufbau war stärker in den Ressorts, BMZ, am wenigsten im BMWi, darauf könnte man später vielleicht nochmal kommen. Ich hatte engste Kontakte zum AA und BMVg. Wir haben in der Phase ein neues Weißbuch gemacht, wenn Sie sich daran erinnern. Einen Nationalen Sicherheitsrat gab es nicht. Ob das besser gewesen wäre, kann man diskutieren. Inzwischen bin ich eher für einen Nationalen Sicherheitsrat. Damals stand er nicht zur Debatte. Alle Außenminister waren dagegen, und sie waren meistens die Riegenreisenden der Koalition.

Jetzt folgen meine Bewertungen aus der gesamten Zeit, aus Zeitgründen in fünf Punkten.

Erstens: Die militärische Stärke der Taliban wurde unterschätzt, die militärische und politische Kraft der Regierung überschätzt. 2010 sprachen alle von einer möglichen Trendwende zu mehr Sicherheit – deswegen auch die stärkere Truppenstärke Deutschlands –, die dann letztlich nicht ganz erreicht wurde.

Zweitens, ein sehr wichtiger Punkt: In Deutschland wurde der Afghanistan-Einsatz mit seiner harten Seite bis zum Tanklaster-Fall total verdrängt. Nach dem Motto: „Nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Schon der Ausdruck



„Stabilisierungseinsatz“ unterstreicht das. Niemand wollte etwas anderes hören, nämlich dass es ein Kampfeinsatz oder ähnliches sei.

Drittens: Der Bundeswehr wurde zu viel zugemutet. Zunächst militärisch, ohne eine entsprechende Ausrüstung. Diese kam erst viel später, Stichwort Kampfhubschrauber. Auch bewaffnete Drohnen waren kein möglicher Gegenstand der Debatte. Kampfhubschrauber kamen sehr spät und andere Waffensysteme auch. Außerdem hatten die Soldaten nach meiner Auffassung den Eindruck, dass es mehr oder weniger ihnen obliegt, staatliche Strukturen in Afghanistan aufzubauen. Das geht nicht. Streitkräfte können den Aufbau eines funktionierenden Staates sichern helfen, aber nicht selbst durchführen. Die gemeinsamen Teams, von denen Frau Wieczorek-Zeul sprach, bestanden oft aus einer oder anderthalb Personen, der Rest waren Soldaten. Das war die Realität in Kunduz und vor Ort. Wo die Bundeswehr das damals gemacht hat, etwa im Norden, mit einem sehr aktiven, höchst problematischen, aber sehr dominanten Gouverneur namens Atta, hat es ganz gut geklappt. Also: Die Bundeswehr darf für Dinge, die sie nicht kann und tun soll, nicht überfordert werden, wurde sie aber. Der zivile/zivilpolitische Aufbau war am wenigsten erfolgreich. Am erfolgreichsten war noch der Aufbau im Bereich Bildung, Gesundheit, Brunnen – alles, was Sie gesagt haben, Frau Wieczorek-Zeul –, aber den Aufbau einer staatlichen funktionierenden Verwaltung hat niemand gemacht.

Mir hat einmal ein französischer UNO-Botschafter etwas gesagt, das mich seit all den Jahren sehr bewegt: „Herr de Maizière, man bekommt eher zwei Kampfataillone an jeden Ort der Welt als zwanzig Richter.“ Dieser Satz sagt eigentlich alles. Und so kann man – in Führungszeichen – „Stabilisierungseinsätze“ eigentlich nicht machen. Wir müssten dort viel stärker werden. Den Comprehensive Approach haben wir Deutschen in der NATO durchgesetzt. Er wurde nicht wirklich gelebt, am ehesten noch von uns.

Viertens: Und wir haben unterschätzt, dass Afghanistan kein wirklicher Nationalstaat ist. Es

wurde sehr viel auf Kabul konzentriert – Klammer auf: viele wollten Kabul auch nicht verlassen, Klammer zu. Und die ganze geschichtliche, föderale – das Wort passt nicht ganz, aber aus Zeitgründen nenne ich es kurz so –, ethnisch-stammesbezogene Unterschiedlichkeit Afghanistans wurde unterschätzt. Auch in dieser Hinsicht, würde ich sagen, hat es am ehesten noch die Bundeswehr im Norden hinbekommen. Die Usbeken, Turkmenen und Tadschiken waren sehr gut zusammen mit allen, auch mit den skandinavischen Staaten und mit der Türkei. Aber da war das große Gebirge dazwischen und Kabul war weit weg. Und letztlich ist es erfolgreich gewesen, gegen oder ohne Kabul. Also, die bessere Einschätzung des Charakters dieses Staates, um den es geht, hätte uns auch geholfen.

Fünftens: Der Afghanistan-Einsatz kann nicht allein aus deutscher Sicht bewertet werden. Es gab nahezu keine Einschätzung, bei der ich dabei war, wo Deutschland irgendeine Position allein festgelegt hätte, sondern immer gemeinsam. Und zwar nicht nur mit der NATO, sondern oft mit 50 Staaten. Dabei ging es um Sicherheitseinschätzungen, Sicherheitslage, Truppenstärke. Natürlich wurde darum gerangelt, aber es gab letztlich immer eine gemeinsame Einschätzung. Es gab auch wechselnde US-Strategien, davon war schon die Rede, und trotzdem eine gemeinsame Einschätzung.

Jetzt kommt ein vielleicht problematischer Gedanke. Ich habe überlegt, ob ich ihn so formuliere, aber das tue ich jetzt. Deutschland hat sich über die Zeit des Afghanistan-Einsatzes als Sicherheitsmacht Respekt verschafft, den es vorher faktisch nicht hatte – insbesondere dadurch, dass die Bundeswehr gezeigt hat, dass sie eigene Truppen führen kann, dass sie kämpfen kann, dass sie ein zuverlässiger, auch militärischer, Partner ist, und das auch unter Gefahr. Für die Bundeswehr war das angesichts der gefallenen Soldaten eine bittere Erfahrung, aber gleichzeitig auch eine sehr wichtige Erfahrung, die bis heute anhält.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr de Maizière. Abschließend ist Herr Schindler an der Reihe.



Gerhard Schindler (Präsident des BND a. D.):
Meine Damen und Herren, vielen Dank. Wenn man heute im Zusammenhang mit der Ukraine-Russland-Krise von einer Zeitenwende spricht, dann war dieser erste größere Kriegseinsatz geopolitisch für die Bundesrepublik sicher auch eine Art Zeitenwende – allerdings eine Zeitenwende, die zehn Jahre später bei meinem Amtsantritt im Januar 2012 in der politischen Wahrnehmung keine herausgehobene Rolle mehr spielte. Die Wahrnehmung war jedenfalls ab 2012 niederschwellig, um es so auszudrücken. Sie war Alltag.

Ein Beispiel für die niederschwellige Wahrnehmung waren aus meiner Sicht die Rahmenbedingungen des Einsatzes für den Bundesnachrichtendienst. Der BND war in Afghanistan vielfältig eingesetzt, nicht nur in Kabul, sondern vor allem in der Fläche: in Kunduz, Herat, Faizabad, Mazar-e Sharif und so weiter. Bei meinem Dienstantritt war fast die Hälfte aller Stellen nicht besetzt. Hinzu kam eine teilweise groteske Vorschriftenlage, zum Beispiel zum Führen von Fahrtenbüchern, zu unterschiedlichen Mehrarbeitsausgleichsregelungen oder zu Krankenkosten für Ortskräfte.

Ich erwähne das hier an dieser Stelle, weil es mir ein ganz wichtiger Punkt ist, dass neben den großen Reden für Freiheit und für Frieden bei einem Auslandseinsatz auch dafür Sorge getragen werden muss, dass die Rahmenbedingungen für die eingesetzten Angehörigen der Sicherheitsapparate stimmen. Zehn Jahre nach Beginn des Einsatzes stimmten die Rahmenbedingungen für den Bundesnachrichtendienst noch immer nicht, was für mich kein gutes Zeichen für die Gesamtbewertung des Einsatzes war. Wenn man einen solchen Auslandseinsatz will, muss man sich auch um die kleinen Stellschrauben kümmern.

Die niederschwellige Wahrnehmung der damaligen geopolitischen Zeitenwende kann man auch an der Berichterstattung durch den Bundesnachrichtendienst erkennen. Der BND berichtete umfassend zu Afghanistan. Dies geschah zum einen schriftlich durch verschiedene Berichtformate an die Bundesregierung und an die

Bundeswehr. 2014/2015 zum Beispiel befassten sich rund sechs bis acht Prozent aller Berichte im weitesten Sinne mit Afghanistan. Mündlich durch Vortrag berichtete der BND in der wöchentlichen ND-Lage im Bundeskanzleramt, auch bei Ihnen, Herr de Maizière, und in der monatlichen Staatssekretärsrunde Afghanistan. Wenn man sich ebenfalls die Zahlen 2014/2015 hierzu anschaut, kann man sagen, dass etwa einmal im Monat in der ND-Lage zu Afghanistan vorgetragen wurde. In der monatlichen Staatssekretärsrunde trug der BND zu TOP 1 Sicherheitslage immer vor. Daneben gab es natürlich auch Einzelbriefings, zum Beispiel für Abgeordnete oder Minister.

Aus heutiger Sicht hat mich die geringe Wahrnehmung des Themas Afghanistan in der ND-Lage für diesen entscheidenden Sollbruch überrascht. So hatte ich mir das damals gar nicht vorgestellt beziehungsweise so hatte ich das damals gar nicht empfunden. Qualitativ, also inhaltlich, umfasste die Berichterstattung insbesondere die stetig schlechter werdende Sicherheitslage. Die meisten Lageinformationen begannen mit der Karte von Afghanistan, auf der das von der Regierung kontrollierte Gebiet in Grün und das von den Taliban eroberte Gebiet in Rot gekennzeichnet war. Und die Farbe Rot wurde im Laufe der Zeit mehr und mehr. Die Adressaten dieser Berichte konnten schon visuell nicht auf die Idee kommen, dass sich irgendetwas in Afghanistan positiv entwickeln würde.

Eigentlich war die gesamte Sicherheitslage ein einziges Alarmzeichen. Aber drei Eckpunkte, drei herausragende Alarmzeichen sind mir noch heute besonders in Erinnerung: Im September 2015 eroberten die Taliban handstreichartig zum ersten Mal die gesamte Stadt Kunduz. Diese Leistungsfähigkeit der Taliban und die Leistungsschwäche der afghanischen Armee bestätigten alle negativen Annahmen. Zweitens: Spätestens ab 2015 konnte sich die afghanische Armee nicht mehr personell regenerieren. Insbesondere Fahnenflucht und auch der hohe Blutzoll waren ursächlich dafür, dass die Zuführung von Nachwuchs nicht mehr ausreichte, um die Verluste auszugleichen. Und drittens: Es wurde bei den Kampfhandlungen deutlicher und deutlicher, dass die afghanische Armee alleine



und ohne internationale Unterstützung, insbesondere durch die US-Streitkräfte, nicht in der Lage war, sich den Taliban erfolgreich zu stellen.

Auch die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage ergab ein wenig hoffnungsvolles Bild. Ich glaube, in den viereinhalb Jahren meiner Dienstzeit haben wir nicht eine einzige positive wirtschaftliche Perspektive aufzeigen können. Im Gegensatz dazu florierten der Anbau von Schlafmohn und seine Verarbeitung zu Heroin, was der BND in seiner Berichterstattung selbstverständlich thematisierte. Wenig erfreulich war auch die Berichterstattung über die politische Lage und über die Zentralregierung in Kabul sowie über die Perspektivlosigkeit der gesamten afghanischen Gesellschaft, insbesondere der jungen Afghanen.

Mit dieser negativen Berichterstattung korrespondierte der persönliche Eindruck vor Ort. Ich war 2004 zum ersten Mal in dem Land, in Begleitung des damaligen Bundesinnenministers Schily. Ab 2012 bis 2015 war ich regelmäßig dort. Erkennbar war im Vergleich zu 2004 eine stetige Verschlechterung der Lage durch die völlige Militarisierung des Straßenbildes und der Plätze, die vielen Kontrollpunkte und die festungsartigen Verbarrikadierungen der Gebäude – Stacheldraht, Sandsäcke und Waffen waren überall. Man brauchte nur in die traurigen Augen der Menschen auf der Straße zu schauen, die ohne irgendeine Hoffnung versuchten, die Situation zu meistern, und dann wusste man: Dieses Land befindet sich im Sinkflug.

Wir im Bundesnachrichtendienst stellten uns immer öfter die Frage: Welchen Sinn hat das Afghanistan-Engagement eigentlich? So, wie sich dieser Einsatz – jedenfalls während meiner Amtszeit – gestaltete, war die Frage nach dem Sinn nicht überzeugend zu beantworten. Der Abwärtstrend des Landes war mit den bereitgestellten personellen und materiellen Hilfen und Unterstützungskomponenten nicht zu stoppen, schon gar nicht durch einen Ausbildungsauftrag.

Trotz dieser Lage fehlte ganz offensichtlich eine Exit-Strategie. Der hin und wieder geäußerte Notfallplan, „Wenn die Amerikaner rausgehen, dann gehen wir auch raus“, war ja keine Strategie, um es vorsichtig auszudrücken. Ich habe daher für den BND die Devise ausgegeben: Wir klären die Lage auf. Wir informieren und vor allem schützen wir mit unserer operativen Aufklärung vor Ort das Leben unserer Soldatinnen und Soldaten. Ich hatte eine Dokumentation veranlasst, in der wir jeden verhinderten Anschlag erfassten und darüber selbstverständlich auch berichteten. Ich glaube, mich erinnern zu können, dass wir während meiner Amtszeit 19 konkrete Anschläge auf deutsche Soldatinnen und Soldaten verhindern konnten. Diese positive Bilanz beruhte auch darauf, dass der Bundesnachrichtendienst in Afghanistan viel gelernt hat. Die enge und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundeswehr hatte sich hervorragend eingespielt und verlief völlig problemlos. Auch die internationale Zusammenarbeit verlief recht erfolgreich. Man darf sagen, das heutige arbeitsteilige Zusammenwirken mit westlichen Nachrichtendiensten hat seinen Ursprung im gemeinsamen Einsatz in Afghanistan. Vorher war das Wort „arbeitsteilig“ eigentlich kein Wort im aktiven Sprachgebrauch der Nachrichtendienste.

Damit bin ich mit meinen Vorbemerkungen am Ende, natürlich nicht, ohne Ihre Leitfrage zu beantworten. Ich hatte während meiner Amtszeit von 2012 bis 2016 Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Afghanistan-Engagements. Und ich habe diese Zweifel noch heute. Danke.

Der Vorsitzende: Ihnen allen ein herzliches Dankeschön für Ihre Eingangsstatements. Der Deutsche Bundestag hat zwei Aufgaben für die Enquete-Kommission formuliert. Zum einen soll die Enquete-Kommission eine Bestandsaufnahme machen. Dem Ende dieser ersten Phase unserer Arbeit nähern wir uns jetzt mit einem Zwischenbericht. Eine zweite Aufgabe ist aber auch, Lehren für die Zukunft und mögliche Schlussfolgerungen für andere Einsätze zu ziehen. Wenn man die aktuelle Lage in der Welt sieht, muss man eher von mehr als von weniger Krisenengagement in der Zukunft ausgehen. Insofern spielt für uns insbesondere die Frage eine



große Rolle, wie die Ressortzusammenarbeit funktioniert hat und ob und wie das verbessert werden kann, gegebenenfalls auch durch Begleitung des Parlaments. Ich gehe davon aus, dass auch die Fragestellerinnen und Fragesteller darauf eingehen werden.

Wir starten mit unserer Fragerunde, und es beginnt die SPD-Fraktion. Frau Türk-Nachbaur beginnt, dann ist Herr Prof. Gießmann an der Reihe.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Meine erste Frage geht an Frau Wieczorek-Zeul. Sie haben von den Erfolgen der EZ berichtet. Von welchen Maßnahmen profitieren vor allem Frauen noch heute? Was hat den Einsatz überdauert?

An Herrn Fischer und an Herrn de Maizière: Wurde in der Bundesregierung überhaupt darüber diskutiert, und wenn ja, wie wurde es diskutiert, dass zuerst politische Konflikte in Afghanistan gelöst werden sollten, um Maßnahmen nachhaltig zu gestalten? Vielen Dank.

SV **Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann**: Meine Frage richtet sich an Herrn Fischer und teilweise auch an Herrn de Maizière. Sie beide haben die Abhängigkeit von den USA beschrieben, und Thomas de Maizière hat die Gemeinschaftlichkeit und den Reputationsgewinn Deutschlands betont. Wie groß war der tatsächliche Spielraum Deutschlands gegenüber den USA, eigene Positionen in das Bündnis einzubringen? Wo haben Sie die Chancen und die Grenzen angesichts der bestehenden Abhängigkeit, die bis zum Schluss angehalten hat, gesehen?

Der **Vorsitzende**: Daran schließen Frau Professorin Schröder und Herr Wüstner an.

SVe **Prof. Dr. Ursula Schröder**: Vielen Dank, meine Frage geht an Herrn Dr. de Maizière. Deutschland wurde von afghanischer Seite aufgefordert, eine leitende Rolle beim Polizeiaufbau zu spielen. Sie haben 2010 als Bundesminister des Inneren noch die

Intensivierung der Ausbildung gefordert. Und es wurden eingangs sehr wenige Beamtinnen und Beamte entsandt, der Aufwuchs kam spät. Warum war das so? Und wie bewerten Sie die Wirksamkeit deutscher polizeilicher Unterstützung aus heutiger Perspektive?

SV **André Wüstner**: Meine Fragen richten sich auch an Herrn de Maizière. Wenn ich höre, was Herr Schindler vorgetragen hat, dann war schon ein klares Bild vorhanden, auch bezogen auf den Abwärtstrend. Wie erklären Sie sich die politische Kommunikation, insbesondere im Parlament, die bezogen auf Zwischen- und Fortschrittsberichte eigentlich durchgängig noch relativ positiv war, wie etwa die Darstellung zum Beispiel zur Kindersterblichkeit und viele Dinge mehr. Das eher Negative war in der parlamentarischen Debatte nicht zu erkennen, auch nicht seitens der Regierung. Wie erklären Sie das?

Und meine zweite Frage ist: Sind Sie der Auffassung, dass die von Ihnen angesprochene Staatssekretärsrunde bezogen auf die Vernetzung ausreicht, oder welche weiteren Vorschläge hätten Sie dazu? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Fischer, möchten Sie beginnen?

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Ich habe die Frage von Frau Türk-Nachbaur leider nicht richtig verstanden.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Ich formuliere sie gern noch einmal. Wie wurde darüber debattiert, dass es erst innerafghanische politische Konflikte zu lösen gab, um die Maßnahmen, die Deutschland unternommen hat, nachhaltig zu gestalten? War das ein Thema in der Bundesregierung?

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Es war ein Thema in der Bundesregierung. Die innerafghanische Situation war von Anfang an ein Thema, nicht nur in der Bundesregierung, sondern auch international, bei den VN und mit den Bündnispartnern. Die Afghanistan-Konferenz



drehte sich zum Gutteil um dieses Thema. Und die Frage des Fehlens verlässlicher staatlicher Strukturen zieht sich wie ein roter Faden durch. Das wurde in der Bundesregierung intensiv besprochen und spielte zwischen den Ressorts natürlich auch eine entscheidende Rolle.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch einen Punkt einschieben: Für die Gesamtlage in Afghanistan spielt Pakistan eine entscheidende Rolle. Die Taliban hätten ohne Pakistan Schwierigkeiten gehabt, sich zu rekonstituieren. Und Pakistan war für die USA nicht nur Verbündeter, sondern es war zugleich militärisch – was den Nachschub betraf – von entscheidender Bedeutung. Afghanistan ist von Land umschlossen, und die pakistanischen Häfen, vor allem Karatschi, spielten für die USA eine entscheidende Rolle. Mein Eindruck war immer, dass es in den USA – und im Pentagon – eine unentschiedene Situation gab. Man machte die Augen vor etwas zu, wo man eigentlich sehr genau hätte hinschauen müssen – aus Gründen, die nachvollziehbar waren. Und diese unentschiedene Situation hat den Taliban ein Hinterland gewährt. Mullah Omar war lange Zeit in der pakistanischen Provinz Belutschistan, in der Stadt Quetta, südlich der Grenze. Ich glaube, die Rolle Pakistans kann man nicht hoch genug bewerten, auch in ihrer Ambivalenz. Da hat jede diplomatische Intervention versagt. Ich denke, das muss in dem Zusammenhang noch erwähnt werden.

Dann zu dem Spielraum gegenüber den USA – das ist der Punkt, weshalb ich so insistiere: In einer solchen Situation können Sie die besten Dinge vorschlagen, und auch finanzieren und machen wollen – aber wenn Sie die Hard Power nicht haben, wenn Sie das militärische Gewicht nicht bringen, wird es sehr schwer, das erfolgreich umzusetzen. Der Spielraum gegenüber den USA war sehr gering und wurde aufgrund unserer anderen Haltung zum Irak sehr schnell noch sehr viel geringer. Das ging ja alles sehr schnell. Insofern war es eine große diplomatische Aufgabe, den Kontakt zu den USA überhaupt aufrechterhalten, und die Gesprächsfähigkeit auf der Ebene vom Präsidenten und dem Bundeskanzler wiederherzustellen, denn sie war unverzichtbar –

trotz unterschiedlicher Positionen in dieser verdammt Irak-Frage.

Insofern: Machen Sie sich keine Illusionen, was unsere Abhängigkeit heute betrifft. Das ist ja meine These: Wenn wir mehr leisten wollen und auch mehr politisch leisten wollen, werden wir die entsprechenden Fähigkeiten zur Verfügung stellen müssen. Sonst werden das nur positive Absichten bleiben, aus denen nichts wird.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Wieczorek-Zeul.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Zur Frage, was von der Stärkung der Frauen jetzt überdauert: die Ausbildung, die sie auf jeden Fall erhalten haben. Soweit ich es beurteilen kann – man hat nur bedingt über Nichtregierungsorganisationen Kontakt –, versuchen sie jetzt mit den Möglichkeiten, die sie haben, zum Teil sogar noch zu unterrichten und auch von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Aber die Wahrheit ist – das muss man ehrlich sagen: Dadurch, dass die Taliban jetzt die Schlussfolgerung gezogen haben, die man sich eigentlich hätte ausrechnen können, als das in Doha entschieden wurde, ist es ganz schwierig, Einfluss zu nehmen, selbst über die UN. Soweit ich das verstehe, versuchen die Ministerien, das BMZ, über zivilgesellschaftliche Gruppen zu unterstützen.

Man muss sich das überlegen: Es sind 20 Jahre gewesen, in denen die Menschen ein anderes Leben hatten und gesehen haben, es geht auch anders. Und deshalb hoffe ich, dass wir vielleicht auch durch mehr Druck, zum Beispiel in den Vereinten Nationen, auch in der Generalversammlung, den Frauen dort den Rücken stärken können.

Wenn ich darf, Herr Vorsitzender, möchte ich noch etwas zu dem ergänzen, was Joschka Fischer gesagt hat. Die Frage Pakistan: Obama hat das ja verstanden. Obama hat 2009 genau den Versuch unternommen, Pakistan mit einzubeziehen und da Einfluss auszuüben. Aber da war der Prozess, der über die Frage der militärischen Gewalt und all



der anderen Punkte erfolgt ist, im Grunde schon gelaufen und nicht mehr möglich.

Ein letzter Punkt: Ich finde – jenseits der Frage nach Hard Power, Militär und was auch immer – auch die Frage der Abstimmung wichtig. Ich habe den Unterlagen entnommen, auch Tom Königs hat darauf hingewiesen, dass wir zwei UN-Mandate hatten. Wir hatten das ISAF-Mandat und das UNAMA-Mandat, und es hat überhaupt keine reale Abstimmung dazwischen gegeben. Ich finde, auch da kann man jenseits der Frage, wie viel Hard Power jemand einbringt, bei der Abstimmung Schlussfolgerungen ziehen, auch für die Zukunft.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr de Maizière, bitte.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Das sind viele Fragen für die kurze Zeit. Ich versuche, es kurz zu machen. Zum ersten Punkt: Ich kann die Frage deswegen nicht richtig beantworten, weil die dahinterliegende Vorstellung, man müsse sie erstmal ihre Probleme lösen lassen, bevor man wirklich zusammenarbeitet, unrealistisch ist. Ein Beispiel: Karzai und sein Nachfolger haben Gouverneure entlassen oder nicht entlassen. Die waren aber da und im Amt. Da kann man nicht sagen: „Klärt mal, wer eigentlich der amtierende Gouverneur ist.“ Wir haben mit dem zusammengearbeitet, der da war und die faktische Macht hatte. Man kann dann nicht sagen: „Bevor wir irgendetwas mit euch machen, müsstet ihr die Korruption bekämpfen.“ Das geht auch nicht. Man hat auch Bypässe gemacht. Zum Beispiel haben Soldaten über den Westen in einem sehr interessanten digitalen System über Handys das Gehalt direkt auf ihr Konto bekommen, weil man der Regierung nicht zutraute, dass das Geld anständig an Soldaten ausgezahlt wird.

Zur zweiten Frage nach dem Spielraum gegenüber den USA: Ich teile das, was Herr Fischer gesagt hat, vor allem militärisch. Auch die Amerikaner – nicht nur der BND, wobei ich ausdrücklich bestätigen möchte, was Herr Schindler gesagt hat – haben viele deutsche Soldatenleben gerettet.

Nicht nur durch Aufklärung, sondern auch durch den Einsatz von Soldaten. Unter Einsatz ihres eigenen Lebens haben sie Soldaten herausgeholt, die in schwierigen Situationen waren. Herr Vollmer könnte darüber berichten – er nickt, das nehme ich als Bestätigung. Der Luftraum war ganz klar in amerikanischer Hand. Und die Vorstellung, dass das die Europäer übernehmen, war damals unrealistisch und ist es heute wahrscheinlich auch.

Aber es gibt zwei Punkte, bei denen ich finde, dass es doch einen erheblichen deutschen Einfluss gab. Zum einen erfolgte die Durchsetzung des Comprehensive Approach für den ganzen NATO-Einsatz wesentlich auf deutsche Initiative. Er musste den Amerikanern beigegeben werden. Ob sie es so gelebt haben, weiß ich nicht genau, aber hinterher haben Sie gesagt, es war richtig. Der zweite deutsche Einfluss war, dass die Bundesregierung die Amerikaner mehrfach von vorzeitigen Abzugsgedanken – alleine und unabgestimmt – abgehalten hat.

Zur Rolle der Polizei: Zunächst einmal ist es so, dass wir mehr Polizei hatten als die meisten anderen. Insbesondere haben sich die Franzosen und Briten, was die Polizei angeht, einen ganz schlanken Fuß gemacht. Aber wir hatten massive Probleme. Erstens: Das, was die Bundespolizei kann, war oft das, was in Afghanistan nicht gebraucht wurde. Das, was gebraucht wurde, können die Länderpolizeien, jedoch wollten die Länderpolizeien nicht so richtig. Hinzu kommt, dass Sie einen Polizisten nicht in den Einsatz – in Führungszeichen – „befehlen“ können, Soldaten hingegen schon. Für jeden Einsatz eines Polizisten muss der Personalrat zustimmen. Das ist für die Handlungsfähigkeit der deutschen Außenpolitik, was den Comprehensive Approach angeht, ein besonderes Problem. Good luck, das zu ändern. Das ist ein kleines Schlaglicht.

EUPOL war ganz schlecht beleumundet. Die deutschen Polizisten haben gesagt: „Gerne bilaterale Polizeiausbildung, zum Beispiel Ausbildung der Polizeioffiziere an der Akademie in Kabul, aber am wenigsten bei EUPOL.“



Sicherheitsfragen und der Ruf der Polizei spielten natürlich auch eine Rolle. Die Polizei galt als ganz besonders korrupt, während die afghanischen Streitkräfte als etwas weniger korrupt galten. All das spielte eine Rolle dabei, dass die Zahlen objektiv gesehen zu klein waren. Allerdings haben wir uns im Vergleich zu anderen schon Mühe geben.

Zum Widerspruch der Berichte der Bundesregierung zu den BND-Berichten: Der BND-Bericht bezog sich zu Recht immer ganz zentral auf die Sicherheitslage. Die Fortschrittsberichte nahmen andere Dinge in den Blick, wie Bildung, Gesundheit, Ernährung und vieles mehr. Darüber hinaus waren viele der Berichte des BND geheim. Bestimmte besorgniserregende Entwicklungen konnte man nicht zum Gegenstand einer öffentlichen Berichterstattung machen. Und wenn man für die Fortsetzung des Einsatzes wirbt, dann wird man die Lage natürlich so beschreiben, dass die Fortsetzung des Einsatzes Sinn ergibt. Hätte man gesagt, wir gehen raus, weil wir in dem Einsatz keinen Sinn sehen, hätten wir ein massives Bündnisproblem bekommen. Das muss man auch sehen.

Ich komme nun zum letzten Punkt, der Staatssekretärsrunde und den Entscheidungswegen in der Bundesregierung. Für Entscheidungen hat die Staatssekretärsrunde gereicht, aber für eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Ressorts eigentlich nicht. Die zivile Seite lag im Wesentlichen in den Händen des Auswärtigen Amtes und des BMZ. Umweltministerium, Wirtschaftsministerium, Bildungsministerium, Wissenschaftsministerium und Verkehrsministerium: Fehlanzeige. Vielleicht haben wir sie nicht genügend gefordert. Aber sie waren auch gar nicht Teil der gemeinsamen Zusammenarbeit. Das Verkehrsministerium hätte zum Beispiel eine Straßenbahnschiene bauen oder einen Tunnel in Ordnung bringen können. Ich glaube, ein Nationaler Sicherheitsrat, wo wir auf der Arbeitsebene all diese Dinge zusammenfassen, wäre heutzutage ein Vorteil.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann haben wir jetzt für die CDU/CSU-Fraktion fünf Fragesteller,

als erstes Herrn Beyer und dann Herrn Prof. Masala.

Abg. **Peter Beyer** (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Dr. de Maizière, ich knüpfe an das an, was Sie zuletzt gesagt haben. Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement von engsten Kontakten als Chef BK gesprochen. Das deutet darauf hin, dass es eine enge Abstimmung gab. Aber Sie haben gerade schon zum Teil beantwortet, dass es nur ganz wenige Ressorts waren, nämlich AA, BMZ und BMVg. Ich möchte nachhaken, wie die Fäden zusammengelaufen sind. Können Sie ein bisschen ins Detail gehen, damit wir ein besseres Verständnis von einer doch irgendwie vorhandenen Abstimmung und Koordination bekommen?

An Frau Wieczorek-Zeul die Frage: Wie haben Sie damals, aber auch in der Rückschau, die Zusammenarbeit zwischen BMZ und AA bewertet, insbesondere im Hinblick darauf, was die verschiedenen eingesetzten Mittel, die einen ganz erheblichen Umfang angenommen haben, angeht? Wie waren da die Abstimmungen? Auch noch an Sie, Frau Wieczorek-Zeul, die Frage: Sie haben vorhin gesagt, Sie halten es für ein Verbrechen, dass die USA in Doha überhaupt verhandelt und ohne Konditionen verhandelt haben. Halten Sie es für falsch, überhaupt mit den Taliban verhandelt zu haben?

Der **Vorsitzende**: Herr Masala und dann Frau Güler.

SV **Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala**: Herr Fischer, hat der Streit, der 2002 über den Irak-Krieg ausbrach, aus Ihrer Sicht oder aus Sicht des Bundeskanzleramtes auch die Koordination in Afghanistan zwischen den Amerikanern und dem Rest massiv beeinflusst? Meine zweite Frage geht an Herrn de Maizière: Was fanden Sie eigentlich an Interagency-Koordinierung vor, als Sie 2005 Bundeskanzleramtsminister waren? Waren das schon Strukturen, auf die der vernetzte Ansatz aufgebaut werden konnte oder ist das letzten Endes etwas, das erst einmal from scratch hochgezogen werden musste? Herr Schindler, Sie haben gesagt, Sie hatten Zweifel an dem



Engagement. Haben Sie diese Zweifel jemals den politisch Verantwortlichen gegenüber geäußert?

Der **Vorsitzende**: Frau Güler und dann Frau Zeino.

Abg. **Serap Güler** (CDU/CSU): Die Fragen gehen an Herrn de Maizière sowie an Herrn Fischer und betreffen die ökonomische Unabhängigkeit, von der Frau Wiczorek-Zeul sprach – und zwar nicht nur bezogen auf Frauen, sondern auf die Allgemeinheit. Sollte der zivile Aufbau durch militärischen Schutz gewährleistet werden? Ganz konkret: Sollten, wenn nötig, wirtschaftliche Aufbaumaßnahmen durch militärische Maßnahmen begleitet werden?

Der **Vorsitzende**: Frau Zeino und Herrn Vollmer.

SVe **Dr. Ellinor Zeino**: Vielen Dank, meine Frage geht an Frau Wiczorek-Zeul und bezieht sich auf das Thema der Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit und dem Do-No-Harm-Ansatz, der besagt, dass man unbeabsichtigte negative Wirkungen möglichst reduzieren möchte. Wo haben Sie ungewünschte negative Wirkungen in der Entwicklungszusammenarbeit beobachtet, und wie wurde ihnen entgegengesteuert?

SV **Jörg Vollmer**: Herr Fischer, können Sie kurz sagen, warum Sie beim Thema Nationaler Sicherheitsrat immer den Kopf geschüttelt haben? Das interessiert mich sehr. Herr Schindler, können Sie etwas zur Ausbildung und Zusammenarbeit mit dem NDS [National Directorate of Security – afghanischer Inlandsgeheimdienst] sagen? Wir haben gute Quellenlagen zur Armee, Polizei und so weiter, aber den NDS mussten wir bisher immer auslassen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Fischer.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Fangen wir von hinten an, mit dem Nationalen Sicherheitsrat. Die Probleme, die wir hier diskutieren, sind schwere Probleme hochpolitischer Natur. Ich glaube nicht, dass Sie

das durch eine verbesserte Koordination von Beamten auf der mittleren und unteren Ebene besser in Griff bekommen. Ich möchte keine langen historischen Ausführungen machen – aber unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, hat die Geschichte, die es hat, und daraus ergeben sich bestimmte Verletzungen, die über die Jahrzehnte hinweg fortwirken, und das hat sich gerade in dem Zusammenhang Afghanistan klar gezeigt.

Der Nationale Sicherheitsrat ist ein amerikanisches Modell. Er ist wie so vieles in unserer sicherheitspolitischen Diskussion bei den Amerikanern abgeschaut. Und die USA haben ein Präsidialsystem. Wir haben kein Präsidialsystem, was manchem Bundeskanzler schwergefallen ist, zu akzeptieren. Ich sage es ganz offen. Und wir haben die eigenverantwortliche Ressortverantwortung. Das ist völlig anders strukturiert. Wenn man darüber nachdenkt, sollte man keinen Beamtenfantasien folgen, sondern ein neues politisches Konzept, das zu unserer Verfassungslage passt, entwickeln. Dafür bin ich sehr offen. Ich verteidige nicht eine exklusive Rolle des AA. Dass ich ein bisschen AA im Hinterkopf habe, werden Sie verstehen. Aber das ist nicht das eigentliche Argument. Das eigentliche Argument ist, ich glaube, so eine Kopie, basierend auf dem amerikanischen Modell, passt nicht zu uns und wird keine positive Wirkung haben.

Dann zu wirtschaftlichem Aufbau und militärischer Begleitung: Wie immer, wenn es um militärische Begleitung ging, war es sehr sensibel, sehr sensitiv. Sie werden es auch heute wieder rausgehört haben. Es war keine einfache Sache. Im Grunde genommen ging es auch im Einsatzgebiet Kunduz letztendlich um Sicherheit für zivilen, auch wirtschaftlichen, Wiederaufbau. Aus meiner Sicht sind wir nicht so weit gekommen, wirtschaftliche Projekte dort in Größenordnungen durchzusetzen, für die man militärische Absicherung hätte betreiben müssen.

Abschließend zu der Frage bezogen auf den Irak-Streit. Vor Ort hat er keine direkten Auswirkungen zwischen deutschem Kontingent und amerikanischem Kontingent gehabt. Aus



meiner Sicht hat es auf der politischen Ebene Washington-Berlin große Verwerfungen gegeben. Aber da war die Messe Afghanistan für die Amerikaner eigentlich schon gelesen. Die haben sich, wenn ich mich richtig entsinne, mental frühzeitig mehr oder weniger aus Afghanistan verabschiedet. Nach der Veröffentlichung des triumphalistischen Rumsfeld-Artikels in Foreign Affairs im Mai 2002 war mein Eindruck, dass Afghanistan bei denen ganz nach hinten gerückt war. Und das war es dann. Aber die Zusammenarbeit hat darunter nicht gelitten. Worunter sie aus meiner Sicht gelitten hat, war die uns vorgeworfene mangelnde Risikobereitschaft und mangelnde Fähigkeit.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Wieczorek-Zeul.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Von Herrn Beyer kam die Frage nach der Zusammenarbeit zwischen dem BMZ und dem Auswärtigen Amt. Es gibt immer auch Nickeligkeiten zwischen den Ressorts, aber ich teile das, was Tom Königs hier gesagt hat: Das ist alles nichts im Vergleich zu den Auswirkungen, die durch die militärischen Aktionen verursacht wurden, nämlich dass die Bevölkerung letztlich doch wieder in die Arme der Taliban getrieben wurde. Es lag nicht an der mangelnden Koordination zwischen den Ressorts. Im Jahr 2006 gab es ein gemeinsames Papier der vier Ressorts Auswärtiges Amt, BMI, BMVg und BMZ, wo wir die jeweiligen Arbeitsfelder skizziert und dann gemeinsam festgestellt haben, dass die bisherige Zusammenarbeit gezeigt hat, dass ein Schulterschluss aller vier Ressorts zu messbaren Ergebnissen führt und dass sie sich allerdings auch an der afghanischen Eigenverantwortung orientieren müssen.

Die Kritik an der Entscheidung in Doha – die eher in dem Untersuchungsausschuss behandelt wird – ist, dass sie völlig an den anderen Ländern vorbeigegangen ist und natürlich auch an der afghanischen Regierung. Ich habe versucht, in meiner ersten Ausführung darzustellen, dass es Möglichkeiten gegeben hätte, entweder nach 2006 oder nach der Londoner Konferenz 2010, wo eigentlich schon Perspektiven gegeben waren.

Und ich habe auch dezent Kurt Beck zitiert, der im Jahr 2007 davon gesprochen hat, dass man moderate Taliban in Gespräche einbeziehen müsste. Ich habe aber auch gesagt, dass mir solche Verhandlungen schwer gefallen wären, dass aber dennoch kein Weg daran vorbeiführt. Ich habe ein bisschen das Gefühl gehabt, wir denken hier, wenn wir das alles militärisch noch besser gemacht hätten, wenn wir noch stärker gewesen wären, dann hätten wir das alles hingekriegt. Es ist einfach so, dass man die Situation der Menschen auch wirklich berücksichtigen muss und dass man die Situation auch sehen muss.

Ganz kurz zu Do No Harm: Mir fällt in der praktischen Arbeit – da ist vielleicht noch die ehemalige Entwicklungsministerin in mir vorhanden – nichts ein, wo ich sagen würde, Do No Harm.

Aber wenn man noch einmal genau guckt: Was war eigentlich die Zuständigkeit bei der Tokio-Konferenz? Es ist vielleicht wichtig, dass man sich das noch einmal in Erinnerung ruft. Da war Deutschland für die Polizei zuständig, und passenderweise war Italien zu Zeiten von Berlusconi für die Justiz zuständig und die USA für das Militär. Wenn man mal schaut, wo schon falsche Weichenstellungen erfolgt sind, ist es unter anderem diese Koordinationsfrage.

Der letzte Punkt: Wir haben das ja im Bundestag als Abgeordnete anschließend auch noch einmal diskutiert. Es wäre ja für bestimmte Einsätze wichtig, Polizei aus den Ländern mit einzusetzen. Das setzt aber voraus, dass man den Ländern eine Unterstützung gibt. Denn der Polizist, der dann im Bundesland ausfällt, der ist natürlich auch kein sehr beehrter Partner. Man braucht auch entsprechende Unterstützung, damit man mögliche neue Finanzierungen für die dann zur Verfügung gestellten Polizisten hat. Das wäre eine der Schlussfolgerungen. Denn zu glauben, dass das alles nur militärisch geht, halte ich für ganz schwierig. Polizei ist extrem wichtig.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr de Maizière, bitte.



Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.):
Dem stimme ich zu. Das habe ich, glaube ich,
auch in meinem Statement gesagt. Ein Punkt zu
den Polizisten: Sie waren aus vielerlei Gründen
viel kürzer da als die Soldaten. Die Polizisten
waren nur sechs Wochen bis drei Monate da und
nicht ein halbes Jahr oder Jahr. Und das erschwert
natürlich die Bindung an Partner.

Ich versuche, die Fragen von Herrn Beyer und
Herrn Masala mit einer Antwort auf Herrn Fischer
zu verbinden. Herr Masala hat gefragt, was wir
2005 an intergouvernementalen Strukturen
vorgefunden haben. Das war eigentlich gut. Ich
will nur sagen, es war wahrscheinlich besser als
zuvor. Das ist wirklich ein Verdienst von Frank-
Walter Steinmeier, der die Rolle des Chef BK
gegenüber dem Vorgänger in dieser Beziehung
neu definiert hat. Sie haben aber wahrscheinlich
intergouvernemental gemeint. Da gab es sicher
Mängel, aber die habe ich nicht besonders gut
abstellen können, da alles, was Afghanistan
anbelangte, letztlich um das Thema Sicherheit
plus BMZ ging. In der Sicherheitslage, die
Dienststagnation beim Chef BK stattfand, war das
BMZ nicht vertreten. Ich glaube, das BMZ wollte
auch nicht vertreten sein. Heutzutage halte ich
das für einen Fehler. Nationale Sicherheit hin
oder her, das BMZ gehört da hin. Und die
Befindlichkeiten des BMZ und anderer Ressorts –
„Was sollen wir bei der Sicherheitslage?“ –
spricht Bände. Deswegen, glaube ich, muss man
etwas andere Strukturen haben. Ob man das jetzt
Nationaler Sicherheitsrat nennt, Herr Fischer:
Auch Großbritannien, Indien und Italien haben
einen Nationalen Sicherheitsrat, obwohl diese
Länder kein Präsidialsystem haben. Man kann
auch den Bundessicherheitsrat aufwerten, wenn
man Befindlichkeiten in der Terminologie hat.

Aber nicht nur auf der politischen Entscheidungs-
ebene, sondern in der täglichen Zusammenarbeit
ist es heutzutage unverzichtbar, dass Bereiche wie
IT, Verwundbarkeit und Aufbau kritischer
Infrastruktur, Überblick über denkbare Verkehrs-
verbindungen und Rohstoffe sowie ziviler
Luftverkehr in einer frühen Phase in die
Zusammenarbeit der Ressorts eingebunden
werden. Wenn ich versucht habe, den
Staatssekretär oder Minister des Wirtschafts-

ministeriums anzusprechen, wurde geantwortet:
„Was haben wir damit zu tun? Ist das sicher?
Wenn nicht, machen wir das nicht.“

In der Europapolitik ist dieses Bewusstsein längst
verankert. Im Verkehrsministerium, Umwelt-
ministerium und Landwirtschaftsministerium
denkt man daran. Aber im Bereich der Außen-
und Sicherheitspolitik ist das eigentlich nicht der
Fall. Das Auswärtige Amt will natürlich vieles
nicht abgeben, die Ressorts sollen da möglichst
nichts zu suchen haben. Da wäre insgesamt eine
andere Struktur besser.

Letzter Punkt: Den wirtschaftlichen Aufbau
militärisch begleiten. Herr Vollmer wird das
besser wissen: Die Soldaten hatten eine Art
Handgeld – der Begriff klingt komisch, aber es war
ein bisschen Geld, mit dem sie wirtschaftlich
etwas machen konnten – mit hoffentlich sehr
geringer Abrechnungsnotwendigkeit. Das war
überhaupt nicht die Aufgabe von Soldaten, aber es
war sehr wirksam, wirksamer als manches andere.
Aber das kann nicht heißen, dass das Militärische
den wirtschaftlichen Aufbau durchführt.
Afghanistan ist voller Rohstoffe. X Versuche von
mir und vielen anderen, zu sagen „Wie kann man
da etwas hinkriegen?“, scheiterten immer an der
Sicherheitslage. Ich glaube nicht, dass es
funktioniert, einfach Soldaten vor ein Bergwerk
zu stellen, und dann machen BASF oder Degussa
etwas. Die Wirtschaft will nicht nur Garantien in
Form von Hermes-Bürgschaften, sondern auch in
Form von persönlicher Sicherheit. Und die
können Soldaten alleine, glaube ich, so nicht
geben.

Eine Einbeziehung der klassischen vier Ressorts,
die Sie genannt haben – Sie hießen auch zu Recht
Afghanistan-Ressorts –, ist aus heutiger Sicht zu
wenig.

Der **Vorsitzende**: Herr Schindler, bitte.

Gerhard Schindler (ehem. Präsident des BND):
Vielen Dank. Die erste Frage war, ob ich Zweifel
geäußert habe. Meine Zweifel basierten ja auf der
sich stetig verschlechternden Sicherheitslage.
Wenn ich die Sicherheitslage vorgetragen habe,



hatte ich nicht den Eindruck, dass ich der Einzige im Raum war, der Zweifel an der Entwicklung dieses Landes hatte, sondern mein Eindruck war, alle hatten es verstanden. Und alle wussten, das wird nicht gut. Da den Klugen zu spielen und zu sagen: „Leute, was ich Euch noch sagen wollte: ich habe Zweifel, ob das alles in Ordnung ist“, das wollte ich nicht, denn es war selbstredend.

Das hat sich ab September 2015, als Kunduz überrannt wurde, geändert. Wir als Bundesnachrichtendienst hatten damals unsere Station in Kunduz, die wir dort legendiert eingerichtet hatten, Gott sei Dank vorher geräumt. Es waren aber in vielen anderen Teilen des Landes noch BND-Stationen vorhanden. Mein schlimmster Horrorgedanke war: Was passiert, wenn die nächste Stadt überrollt wird, wo der BND mit einer solchen Station drin ist, und die Angehörigen des Bundesnachrichtendienstes dann von den Taliban übernommen werden? Deshalb habe ich mir ab September 2015 erlaubt, zu fragen: „Was ist eigentlich unsere Exit-Strategie?“ Ich habe aber keine Antwort darauf bekommen. Das war mir auch klar, denn wir standen in einer gewissen Bündnisverpflichtung, aber ich war es auch dem BND schuldig, zu fragen.

Zu der Frage nach der Ausbildung: Ja, der BND hat wie die anderen Nachrichtendienste den NDS ausgebildet. Ich hatte keinen Überblick, was die anderen Nationen dort leisteten. Unser Ansatz war eher bescheiden, wir hatten einen geringen, einstelligen personellen Ansatz. Ich glaube, das waren drei oder vier Leute, die dann aber durch die Zentrale verstärkt wurden, je nachdem, welchen Lehrgang wir angeboten haben. Ob diese Lehrgänge etwas genutzt haben, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich weiß aber von einem Lehrgang, bei dem ich mich am Anfang ein Stück weit geziert hatte, ihn zu machen, dass er besonders beliebt war. Er hieß: Frauen im NDS. Wir waren der erste und einzige Nachrichtendienst, der dieses Thema aufgebracht hatte. Das war ein Renner, nicht so sehr, weil es um Gleichberechtigung von Frauen ging, sondern um den Einsatz von Frauen in operativen Sachen. Und da haben die Afghanen plötzlich festgestellt,

wie wertvoll Frauen im Einsatz sein können. Deshalb wurde dieser Lehrgang immer wieder nachgefragt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir haben für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vier Fragensteller. Als erstes Frau Mielke, dann Frau Gambir.

SVe **Dr. Katja Mielke**: Vielen Dank, ich habe zwei Fragen. Die erste Frage geht an Herrn Fischer. Ich möchte gern auf die Petersberg-Konferenz 2001 zurückgehen, die von Deutschland ausgerichtet wurde, wofür wir sehr viel Lob bekommen haben. Meine Frage bezieht sich auf die inhaltliche Gestaltungsmacht, die wir dort hatten. Wie sehen Sie das heute? Hatten wir dort kein von den Amerikanern unabhängiges Lagebild, so dass wir nicht versucht haben, Einfluss zu nehmen, wer dort geladen wurde – Stichwort pro-demokratische Kräfte aus Afghanistan –, dass wir nicht geschaut haben, wie wir Transitional Justice verankern oder multilaterale Truppen aufstellen?

Die zweite Frage richtet sich an Frau Wieczorek-Zeul: Herr Fischer hatte konstatiert, er sehe keinen Widerspruch zwischen ziviler Hilfe und der robusten Militärpräsenz. Sie selbst haben das Spannungsverhältnis zwischen OEF und ISAF angesprochen. Deswegen die Frage: Wie ist Ihre Bilanz der zivil-militärischen Zusammenarbeit in Afghanistan?

Der **Vorsitzende**: Frau Gambir, dann Herr Nachtwei.

Abg. **Schahina Gambir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Wir haben in der Enquete-Kommission mehrfach auch von anderen Sachverständigen gehört, dass es unterschiedliche und zum Teil auch falsche Lageberichte zur Situation in Afghanistan gab oder gegeben haben soll. Meine Frage an die ehem. Bundesminister/-in ist: Wie schätzen Sie diese Wahrnehmung ein, und gab es von Seiten der Bundesregierung zu irgendeinem Zeitpunkt eine Exit-Strategie? Was waren die Bedingungen Deutschlands, wann anhand von welchem Lagebild der Einsatz in Afghanistan beendet werden sollte? Welche Ziele



sollten erreicht werden, damit dieser Einsatz beendet werden konnte?

Der **Vorsitzende**: Herr Nachtwei und Herr Krämer.

SV Winfried Nachtwei: An die ehemaligen Minister und die ehemalige Ministerin: Wie schafft man es angesichts des enormen Regierungs-Multitaskings, das auf Ihrer Ebene eine ganz andere Dimension hat als auf Abgeordneten-Ebene, bei einem hochkomplexen, dynamischen Kriseneinsatz politische Führung zu realisieren? Andererseits: Wie hält man bei dieser Führungsverantwortung Bodennähe, Realitätsnähe? Und welche Rolle haben gegebenenfalls innenpolitische Opportunitäten und Rücksichtnahmen gespielt?

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Herr Schindler, Sie haben ausgeführt, dass Sie – beziehungsweise im weitesten Sinne der BND – den Sinn des Afghanistan-Einsatzes in Frage gestellt haben. Das kann nur im Rahmen der Sicherheitslage erfolgen, weil es für Sie schwierig ist, die anderen Bereiche zu beurteilen. Ich möchte nachfragen, was es konkret bedeutet, dass Sie den Sinn des Einsatzes in Frage gestellt haben. Bezieht sich das nur darauf, dass es nicht gelungen ist, die Sicherheitslage zu verbessern? Oder ist das eine allgemeine Aussage?

Der **Vorsitzende**: Herr Fischer.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Zur ersten Frage nach der Afghanistan-Konferenz. Sie müssen sich die damalige Situation vergegenwärtigen: Der 11. September kommt über uns. Und alle waren schockiert, von der Regierung bis hin zur breiten Bevölkerung. Und dann kristallisierte sich sehr schnell heraus: Osama bin Laden, Afghanistan, Taliban.

Vorher hat uns Afghanistan nicht groß interessiert. Ich selbst habe mich zum ersten Mal als Minister richtig tief mit der humanitären Lage unter den Taliban vor dem Krieg befasst. Jeden Winter gab es eine katastrophale humanitäre

Situation. Vor allem Neugeborene starben wie die Fliegen, die Mütter auch. Die Ernährungslage für die Menschen war furchtbar. Es gab dort jeden Winter eine Hungerkatastrophe, die nur von den entsprechenden Institutionen der Vereinten Nationen wahrgenommen wurde. Der CNN-Effekt hat nicht existiert. Es hat nicht interessiert, auch hier in Deutschland nicht, und im Bundestag auch nicht.

Und dann war plötzlich die Situation da. Die Bündnissolidarität ist aufgerufen. Wir haben, so gut es ging, versucht, eigene Erkenntnisse über Afghanistan zu finden. Ich weiß noch, dass meine erste Reise in die Region um Afghanistan herum war, weil es keine Besuchsmöglichkeiten gab. Diese Lage muss man vor Augen haben, wenn man die Frage stellt, welche eigenständige Kompetenz zu dem Land im BMVg und im AA existierte. Da war nicht viel.

Die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Seite war damals sehr gut, das muss man auch im Nachhinein noch feststellen. Sie war sehr vertrauensvoll und hat für den Fortschritt auf der Afghanistan-Konferenz eine große Rolle gespielt. Da sind auch persönliche Beziehungen zu einzelnen amerikanischen Vertretern geblieben, die später noch eine Rolle spielten. Aber wir sind da nicht mit einer großen Kompetenzkiste von Inhalten angetreten. Insofern war es ein Sprung ins kalte Wasser, das muss man sagen – nicht nur militärisch und entwicklungspolitisch, sondern auch diplomatisch.

Zur Frage der innenpolitischen Opportunitäten: Die spielten natürlich eine große Rolle. Es ist offensichtlich gewesen, welche Auseinandersetzungen wir in der Koalition und in der eigenen Partei hatten. Innenpolitische Opportunitäten spielen immer mit hinein, und ich denke, es ist überflüssig, das zu betonen. Die Bodenhaftung wurde durch eine enge Kooperation auf der ministeriellen Ebene hergestellt. Es gab auch einen intensiven Austausch und verschiedene Treffen mit dem BMVg, dem BMZ und dem AA, sowie Reisetätigkeiten. Mein Eindruck im Nachhinein ist, dass die Präsenz vor Ort damals sehr stark war. Ich kann es Ihnen nicht quantifizieren, aber meine Erinnerung ist, dass



wir rege Reisetätigkeiten Richtung Afghanistan hatten, und dass wir dort auch einen engen Austausch mit Bundeswehr, Diplomaten vor Ort suchten. Die üblichen Berichte sowieso, aber diese Reisetätigkeit schätze ich sehr hoch ein. Und natürlich wurde auch sehr intensiv über die Strategie diskutiert, allerdings hat sich das sehr schnell von Afghanistan Richtung Irak verlagert. Irak stand dann im Vordergrund. Das muss man einfach so konstatieren.

Der **Vorsitzende**: Frau Wieczorek-Zeul.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Ich komme auf den Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit zu sprechen: Ich bin nicht sicher, ob der PRT-Ansatz überhaupt ein vernetzter Ansatz ist. Der PRT-Ansatz hat stattgefunden, weil die USA das in Afghanistan so gemacht haben. Keine Situation eines Landes ist mit anderen Ländern vergleichbar, aber es ist generell fraglich, ob das eigentlich auf Dauer ein vernünftiger Ansatz ist. Ich denke, viel vernünftiger ist das, was sich jetzt unter dem Stichwort vernetzter Ansatz zwischen der Entwicklungszusammenarbeit, der Außenpolitik und auch dem Verteidigungsministerium herauskristallisiert. Sie sehen es zum Beispiel in den Diskussionen zu Mali oder in der Sahelzone, wo die Entwicklungszusammenarbeit jetzt eine Rolle spielt, aber in einer abgestimmten Form. Es wäre sicher hilfreich, wenn auch in diesen Beratungen solch ein vernetzter Ansatz als eine der Schlussfolgerungen herauskommen könnte.

Übrigens, weil die Diskussion über die Frage nach einem Sicherheitsrat aufkam: Als die Regierung von Rot-Grün 1998 angefangen hat, waren wir die ersten, die das Entwicklungsministerium überhaupt in den Bundessicherheitsrat geholt haben. Vorher war es gar nicht dabei. Das heißt, wir haben uns in die Diskussion eingeschaltet und manchmal waren manche schon ein bisschen angeödet. Meine Auffassung ist, dass die Diskussion natürlich im Bundessicherheitsrat stattfinden kann. Und nochmal: Die Entwicklungszusammenarbeit ist damals zum ersten Mal überhaupt strategisch entsprechend mit aufgenommen worden.

Zur Frage, welche Möglichkeiten es gab: Ich glaube, 2006 bis 2010 waren mit dem Afghan Compact und der weiteren Entwicklung eigentlich Rahmenbedingungen gegeben, die gesagt haben: Wir können die Situation in afghanische Ownership übergeben. Die Möglichkeit gab es. Ich habe das auch nochmal im SPD-Konzept von 2010 gelesen. Die Frage ist: Warum ist es anschließend tatsächlich nie passiert? Die Möglichkeit war vorhanden, sie wurde in den Konferenzen ganz klar festgelegt.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr de Maizière, bitte.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Eine Anmerkung zum vernetzten Ansatz: Frau Wieczorek-Zeul hat vollkommen recht. Nur: Zum Tanzen braucht man zwei. Ich erinnere mich an Situationen in Mazar-e Sharif und anderswo, in denen ein tänzelnder ziviler Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes oder des BMZ da war und gefragt hat, wer denn sein Ansprechpartner sei, und die Antwort war: Eigentlich keiner. Der Gouverneur wollte mit den Soldaten reden und nicht mit dem zivilen PRT-Chef. Das ist nicht den Menschen vom AA vorzuwerfen, sondern die Strukturen in Afghanistan sind so. Er durfte dabei sein, aber die Augenhöhe für den Gouverneur war ein anständiger General und niemand sonst. So waren die Fakten.

Jetzt zur Frage nach der Exit-Strategie. Das ist eine Schlüsselfrage. Ich habe darüber viel nachgedacht, aber keine Antwort gefunden. Ich habe selbst Reden gehalten, dass man erst reingehen darf, wenn man weiß, wie man rauskommt. Nur: Sie wissen das am Anfang eben oft nicht. Was war denn das Ziel? Das Ziel war im Grunde, dass Afghanistan kein sicherer Hafen mehr für Terroristen ist. Dieses Ziel war nach einer Weile halbwegs erreicht. Dann war das Ziel, dauerhaft für ein – jedenfalls einheitliches – Mindestmaß an Menschenrechten, Frauenrechten, Bildung und so weiter zu sorgen. Später war das Ziel bescheidener; wir wollten dafür sorgen, dass Afghanistan für die eigene Sicherheit sorgen kann, und das war die Bedingung, um wegzugehen. Das sah zwischendurch auch gar nicht so schlecht aus. Nur, wenn das das Ziel ist, wären wir vielleicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag geblieben.



Ich darf daran erinnern – ich komme gleich auf die Frage von Herrn Nachtwei –, dass es bis zum Tanklaster-Ereignis – um es neutral zu sagen – in allen Umfragen eine Zustimmung der Bevölkerung zum Afghanistan-Einsatz gab. Danach gab es das kein einziges Mal mehr. Die Franzosen sind, wie gesagt, relativ schnell weggegangen. Die Briten saßen im Süden unter ganz harten Bedingungen. Und wir haben Dinge als Exit-Strategie aufgestellt, die praktisch nicht zusammenpassten. Es ist ein echtes Dilemma. Wir haben gesagt, der Exit muss mit Bedingungen erfolgen. Aber welche Bedingungen? Sie haben das gesagt, Frau Wieczorek-Zeul. Die Bedingung, dass die Taliban an die Regierung kommen? Nein. Dass die Taliban an der Regierung beteiligt werden? Vielleicht. Dass die Taliban für Menschenrechte Garantien geben? Ja. Wer sichert das?

Aber es sollte auf keinen Fall einen bedingungslosen Abzug geben, zu dem es dann nachher kam. Auch in Mali hat sich die Lage anders entwickelt, nachdem wir reingegangen sind. Folgendes wird sicher sehr wichtig für Ihre Schlussfolgerungen sein: Wenn Sie immer verlangen, dass es eine Exit-Strategie gibt, bevor man reingeht, gibt es praktisch keine internationalen Einsätze mehr. Wenn Sie keine internationalen Einsätze mehr haben, müssen Sie zuschauen, wie Menschenrechte massiv missachtet werden. Es ist deswegen kein „Muddling-Through“, die Strategie hängt doch immer von der Lage ab, und die entwickelt sich. Hier reden wir über 20 Jahre, das ist eine sehr lange Zeit.

Abschließend zu der Frage von Herrn Nachtwei: Über das Verhältnis von Außen- und Innenpolitik sind dicke Bücher geschrieben worden. Das Thema haben Sie immer, und es ist natürlich ein Abwägen. Wenn Sie Außenpolitik und Sicherheitspolitik nur nach Meinungsumfragen machen, sollten Sie gleich aufhören. Wenn Sie umgekehrt Außen- und Sicherheitspolitik machen, ohne jemals auf die eigene Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, werden Sie abgewählt. Es muss sich dazwischen bewegen. Und natürlich habe ich als Chef BK – um noch einmal die Frage von Herrn Masala aufzugreifen – versucht, die

außen- und innenpolitischen Argumente in den Koordinationsgesprächen in einen Ausgleich zu bringen. Aber auch da gibt es kein richtig oder falsch. Es sind die schwierigsten Abwägungsentscheidungen, wenn Sie außenpolitisch etwas für geboten halten, was innenpolitisch unbeliebt ist. Das gleiche gibt es übrigens auch in der Innenpolitik. Ich kenne die ganzen Sprüche wie: „Was ist der Unterschied zwischen einem Politiker und einem Staatsmann? Der eine will Wahlen gewinnen, der andere will in die Geschichte eingehen.“ Alles Sprüche. Im Endergebnis ist es eine ganz schwierige Abwägung, die sich hinterher oft anders darstellt als in der Situation der Entscheidung, vor der Sie stehen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Schindler.

Gerhard Schindler (ehem. Präsident des BND):
Zur Frage nach dem Sinn des Einsatzes: Die Zweifel am Einsatz beruhten natürlich schwerpunktmäßig auf der Sicherheitslage, die in dem Zeitraum von 2012 bis 2016, für den ich sprechen kann, wirklich fühlbar stetig schlechter geworden ist. Wenn es neben dieser immer schlechter werdenden Sicherheitslage etwas gegeben hätte, das Anlass zur Hoffnung gegeben hätte, wie zum Beispiel die wirtschaftliche Lage oder gesellschaftliche Situation, dann hätte man sagen können: „Einerseits ... andererseits“. Aber nach meiner Erinnerung war alles schlecht, auch die wirtschaftliche Lage. Es gab gar keine Wirtschaft mehr in Afghanistan. Das ganze System lebte von den Zuschüssen der internationalen Fonds oder einzelner Nationalstaaten. Die Korruption grassierte immer mehr statt immer weniger.

Das Einzige, was in Afghanistan funktionierte – und das meine ich auch so –, war der Narco-Staat. Afghanistan hatte den größten Schlafmohnanbau zu der damaligen Zeit. Ich glaube, 98 Prozent des gesamten weltweiten Heroins kam aus Afghanistan. Und weil man gut daran verdienen konnte, wurde der Schlafmohn auch bereits in Afghanistan zu Heroin veredelt. Die Milliarden, die man dort einnahm, blieben in den Clan-Strukturen in Afghanistan. Das funktionierte und das machte das Land über die ohnehin schon



schlechter werdende Sicherheitslage hinaus noch brandgefährlicher, weil damit noch ein neuer Player ins Spiel kam. Neben den Taliban und den militärischen Warlords gab es plötzlich eine organisierte Kriminalität. Ich bin mir sicher, dass ich nicht der Einzige war, sondern das hat die großen Zweifel an der Zukunft des Landes genährt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion haben wir drei Fragesteller, Herrn Nolte, Herrn Wundrak und Herrn Haunreiter.

Abg. **Jan Ralf Nolte** (AfD): Vielen Dank an alle, die hier vorgetragen haben. Ich habe eine Frage an Herrn Schindler. Sie haben sehr deutlich gemacht, dass sich die Sicherheitslage auch 2015 immer weiter verschlechtert hat und sich die ANA nicht mehr regenerieren konnte. Auch wurde Kunduz bekanntermaßen überrannt. Man sieht aber im Mandat 2016 nicht unbedingt, dass irgendetwas anders geworden wäre. Der Auftrag ist derselbe: die Sicherheitskräfte bei der Verteidigungsfähigkeit unterstützen. Da drängt sich der Verdacht auf, wenn man es überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen wollte, dass sich der Erfolg der Aufgabe, die im Mandat stand, nicht einstellte, dass der Nutzen, den man generieren wollte, eigentlich ein anderer war – zum Beispiel, sich als verlässlichen Bündnispartner darzustellen. Würden Sie sagen, das war der eigentliche Nutzen, den man damit generieren wollte, und gar nicht so sehr das, was im Mandat stand? Das ist ja wichtig, auch in der Evaluierung. Wir reden hier viel über die Menschenrechtslage, über die Sicherheitslage, Bildung und so weiter. Aber wenn es hauptsächlich darum geht, sich als verlässlichen Bündnispartner darzustellen, ist das auch eine Sache, die man, glaube ich, bei der Evaluierung mit betrachten muss. Danke.

Abg. **Joachim Wundrak** (AfD): Herr Minister Fischer, Sie haben es eben angedeutet, trotzdem möchte ich nachfragen: Ich erinnere mich, dass Sie 2004/2005 durchaus Probleme hatten, Mehrheiten für das Mandat in der eigenen Fraktion zu finden. Können Sie rekapitulieren, was die Argumente der Kritiker waren, und was letztendlich Ihre überzeugenden Argumente für die Mandatsverlängerung waren?

SV **Reiner Haunreiter**: Meine Frage geht auch an den Minister a. D. Fischer. Die Absicht der USA nach dem 11. September war der Kampf gegen den Terror, Osama bin Laden unschädlich zu machen. Das war klar. Gab es aus Ihrer Sicht andere Motive für ein amerikanisches Engagement in Afghanistan? Wie haben Sie das damals beurteilt?

Und an Herrn Schindler: „The trend is your friend.“ Auf den Lagekarten wurde das Grün immer weniger, das Rot immer mehr. Dieses Lagebild hat sich, glaube ich, auch bei Ihrem Nachfolger fortgesetzt. Wurde in den Runden, an denen Sie teilgenommen haben, erörtert, welche Gründe dafür sprachen, fast 20 Jahre weiterzumachen? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herr Fischer.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Weitere Motive der USA sind mir nicht bekannt. Wenn Sie sich die Situation damals vergegenwärtigen: die Angriffe auf Downtown Manhattan und auf das Pentagon in Arlington waren ein Riesenschok. Es gab hohe menschliche Verluste mit den einstürzenden Twin Towers und im Pentagon. Die Angst an dem Tag war ja, dass die Maschine, die auf einem Feld in der Umgebung von mutigen Passagieren zum Absturz gebracht wurde, das Weiße Haus angreifen sollte. Und es bestanden enge, auch persönliche, menschliche Kontakte. Die menschliche Sorge war sehr unmittelbar und sehr groß. Das bedurfte keiner weiteren Motivsuche. Und es war völlig klar, dass die USA das nicht einfach nur so hinnehmen würden, sondern dass sie die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen würden. Und darum ging es. Alles andere wäre meines Erachtens eine Verzerrung der Tatsachen.

An die Debatte bei uns kann ich mich ehrlich gesagt nicht mehr genau erinnern. Aber es ist keine große Kunst: Damals waren pazifistische Grundsatzergwägungen in unserer Partei und Fraktion noch sehr viel stärker präsent, als das heute der Fall zu sein scheint. Und darum ging es im Wesentlichen, zumindest ist mir nichts anderes erinnerbar. Dies war die entscheidende



Frage. Wir hatten diese Debatte nicht 2004/2005, sagt Frau Wieczorek-Zeul zu Recht, sondern in der Anfangsphase 2001/2002. Ich glaube, wir hatten sogar einen Parteitag in Rostock oder so, auf dem es um diese Fragen ging. Ich habe das nicht so präsent, dass ich es auf einer klaren Timeline abrufen könnte. Es ging jedenfalls um Grundsatzfragen des Militäreinsatzes und der Regierungsbeteiligung.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Ich habe eine kurze Ergänzung, insoweit muss ich Herrn Schindler leicht widersprechen. Es gab drei Typen von Farben, nämlich Grün, Rot und schraffiert. Schraffiert bedeutete: unter Einfluss, aber nicht unter Beherrschung der Taliban. Das ist ein großer Unterschied, weil wir dann in der Lagebesprechung darüber geredet haben, dass es dort einen Einfluss der Taliban gab, die Bevölkerung aber nicht von ihnen beherrscht wurde. Wir haben uns dann gefragt, was wir tun können, damit aus schraffiert wieder grün wird. Es gab immer ein Stück Hoffnung, dass das gelingt.

Der **Vorsitzende**: Herr Schindler.

Gerhard Schindler (ehem. Präsident des BND): Die Frage war, ob das Ziel von Resolute Support, der Ausbildungsmission, als solche begründet war oder ob nicht später andere Gründe eine Rolle spielten, nämlich die Verlässlichkeit als Bündnispartner. Sie haben das auf 2016 bezogen, ich möchte schon mit dem ersten Beschluss 2014 antworten, da die Beschlüsse in der Wortwahl gleichbleiben. Wenn man sich den Beschluss anschaut, liest man, was das deutsche nationale Interesse ist, nämlich dass man die Sicherheitsstrukturen des Landes ausbilden und unterstützen will. Punkt. Mehr ist in dem Beschluss gar nicht drin. Und da stellt sich schon die Frage: Hat Deutschland ein nationales Interesse daran, dass eine ausländische Armee ausgebildet oder unterstützt wird? Ich würde sagen: Nein. Das nationale Interesse muss danach kommen: Wofür bilde ich diese Armee aus? Welcher Sinn und Zweck sollen mit dieser Ausbildung am Schluss

erreicht werden? Das steht in diesen Beschlüssen gar nicht drin. Aber das ist kein Vorwurf von mir. Ich habe verstanden, dass die Bundesregierung unter einem erheblichen Druck stand, international in der Reihe zu bleiben. Sie hatten gefragt, ob auch Verlässlichkeit als Bündnispartner ein Grund war. Für mich auf jeden Fall. Es wäre nur ehrlicher gewesen, man hätte es reingeschrieben.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, wir haben für die FDP-Fraktion Frau Professorin Geis, Herrn Sauter und Herrn Gerschau.

Sve **Prof. Dr. Anna Geis**: Vielen Dank, ich möchte gerne noch einmal die Frage nach den politischen Handlungsspielräumen der deutschen Akteure aufgreifen und diese an alle drei Minister a. D. richten. Ich habe aus der Anhörung mitgenommen, dass nach Nine Eleven im Prinzip ganz vieles alternativlos gewesen sei: nach Afghanistan mitzugehen, dort drin zu bleiben, obwohl man die Sicherheitslage sehr kritisch beurteilt hat, schien alternativlos zu sein, am Ende rauszugehen auch. Aber das kann nicht die ganze Deutung sein, denn wir würden nicht hier zusammensitzen, wenn es keine Spielräume gäbe. Ich würde gerne nachfragen, in welchen Sektoren, Feldern und Bereichen deutsche Akteure Spielräume gehabt haben, die sie zum Beispiel auch gegen wichtige Bündnispartner gestaltet und ausgenutzt haben. Danke schön.

Abg. **Christian Sauter** (FDP): Vielen Dank für die Vorträge. Meine erste Frage ist an Herrn Bundesminister a. D. Fischer gerichtet. Sie haben auf die Irakfrage und auf Afghanistan als – Zitat – „erstes Opfer des Irakkriegs“ hingewiesen. Inwieweit ist dieser Wechsel des Fokus der USA a) innerhalb der Bundesregierung diskutiert worden und b) auch extern bezüglich der Schwerpunktsetzung des Einsatzes?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn de Maizière: Das Thema Nationaler Sicherheitsrat ist mehrfach erwähnt worden. Was hat Ihre Auffassung verändert? Sie sagten, heute wären Sie eher für die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates. Welche Folgen sehen Sie – auch



für die Ressortvernetzung – bei der Einrichtung eines solchen Rates, wie auch immer man ihn nennt?

Meine letzte Frage geht an Herrn Schindler und bezieht sich auf die Lageberichte hinsichtlich der Sicherheitslage. Sie haben auf die zunehmende Verschärfung hingewiesen. Inwieweit hat das innerhalb der Berichtersteller-Runde zu Nachfragen und einem verstärkten Interesse daran geführt? Oder ist es durchgehend so verblieben?

Falls die Zeit es erlaubt, habe ich eine Frage an alle vier: Es ist hier und da auf die Probleme in der Ressortabstimmung hingewiesen worden. Inwieweit hat das Auswirkungen auf eine grundlegende Evaluation des Einsatzes gehabt oder sie gar verhindert? Hat das Auswirkungen gehabt?

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Frau Wieczorek-Zeul, Sie sprachen die PRTs an. Wie sehen Sie rückblickend die damalige enge zivil-militärische Zusammenarbeit? War das richtig so, oder ziehen Sie die Lehre und sprechen sich für eine strikte Trennung von Militär und entwicklungs-politischer Zusammenarbeit aus? Bitte führen Sie auch aus, was Sie mit getrennten Verantwortungen für die deutschen Ressorts meinen. Entsprechen getrennte Verantwortungen dem Gedanken eines vernetzten Ansatzes? Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Fischer.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Frau Professorin Geis, alternativlos ist selten etwas in diesem Leben – eigentlich nur das Leben an sich, das mit dem Tod endet als eherne Gewissheit. Aber sonst? Alternativen hätte es gegeben. Wir hätten nein sagen können. Das wäre eine Alternative gewesen. Nur: zu welchem Preis? Wenn wir nein gesagt hätten, hätten wir die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland komplett erschüttert, zerdeppert. Dieses Risiko hätte keine Bundesregierung eingehen können.

Gestatten Sie mir, dass ich das offen sage – ich habe auch meine Zeit gebraucht, bis ich es begriffen habe –: Die Bündnisverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland ist ein Ergebnis unserer Geschichte und der spezifischen Lage des Kalten Krieges, der deutschen Teilung und all dem, was sich daraus ergeben hat. Und zugleich ist die Bündnisverpflichtung auch ein positives Element für die europäische Entwicklung. Vieles von dem ist nur wegen der Einbindung möglich gewesen. Und wer daran bedenkenlos rüttelt, wird aus meiner Sicht die Existenzgrundlage unseres Landes und all dem, was seit 1949 erreicht wurde, in Frage stellen und aufs Spiel setzen.

Insofern war es nicht alternativlos, aber wir waren uns über die Alternativen sehr im Klaren. Ich meine, Sie sitzen in Brüssel und plötzlich kommt der Antrag, dass wir den USA als angegriffenem Partner nach Artikel 5 Solidarität erklären. Als ich morgens aufgestanden bin, hätte ich nicht gedacht, dass das auf die Tagesordnung kommen würde. Es war aber da. Das zeigt die ganze Dramatik der Situation.

Herr Sauter, ich bitte Sie, die Frage, die Sie an mich gestellt haben, kurz zu wiederholen.

Abg. **Christian Sauter** (FDP): Stichwort „Afghanistan als erstes Opfer des Irakkriegs“: Inwieweit ist die Erkenntnis, dass es einen Wechsel des Fokus gab, auf Ebene der Bundesregierung früh diskutiert worden?

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Natürlich wurde das intensiv diskutiert. Es war eine unglaublich wichtige Entwicklung. Es gab dazu, wenn ich mich richtig erinnere, auf Seiten des Dienstes [BND] eine Einschätzung. Es wurde intensiv diskutiert. Das hat selbstverständlich auch einen erheblichen Druck auf uns ausgeübt, uns stärker zu engagieren.

Der **Vorsitzende**: Frau Wieczorek-Zeul.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Zu dem Zeitpunkt ist es alternativlos gewesen, das ist absolut klar. Ich selbst habe im



Deutschen Bundestag dafür gestimmt. Sie haben es aus dem, was ich gesagt habe, gemerkt: Es war gut, dass die afghanischen Frauen in dieser Situation eine Chance hatten. Vorher hätte wahrscheinlich nie jemand militärisch eingegriffen, um die Frauen zu schützen.

Es gab aber Situationen, in denen Alternativen möglich gewesen wären. Es wäre natürlich schwierig gewesen. Als sich abzeichnete, welche Arten von illegalem Verhalten es gab, auch der US-Streitkräfte und derer, die ihnen unterstanden haben, hätte es eine deutlichere Auseinandersetzung dazu geben müssen. Dazu gehört auch die Frage der Folterungen und der Gesetze, die dazu erlassen worden sind. Nachträglich bin ich der Meinung, das hätte so einfach nicht stehenbleiben dürfen. Das wurde alles unter dem Stichwort Terrorismusbekämpfung akzeptiert.

Es gab wie gesagt zwei Ansätze, wo es möglich gewesen wäre, nämlich 2006 und 2010 nach den jeweiligen London-Konferenzen. Übrigens gab es auch Situationen, wo Ghani, als er schon Regierungschef war, selbst versucht hat, den Taliban Verhandlungen anzubieten. Das war auch eine Möglichkeit.

Zu der Frage nach der Koordination zwischen den Ressorts. Ich finde, verglichen mit dem, was die Hauptprobleme der Koordination waren – Stichwort UNAMA und ISAF als einer der Punkte –, ist das nachträglich nichts im Vergleich dazu. Ich habe mir angeschaut, was Tom Koenigs zur Frage der Koordination in dem Joint Coordination and Monitoring Board zwischen dem Vertreter der UN, der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft gesagt hat. Er hat gesagt, faktisch gab es keine Abstimmung. In Kabul ist zwischen den international tätigen nicht ausreichend abgestimmt worden. Deshalb ist meine Schlussfolgerung: wenn, dann sollte es ein UN-Mandat sein – auch die Überprüfung war UN – und dann sollten es nicht immer diejenigen leiten, die am meisten Geld und am meisten Soldaten geben, sondern man muss sehen, dass es die UN-Verpflichtungen gibt.

Zu der Frage nach dem Zivilen und dem Militärischen. Ich glaube, wir haben die PRTs in der Situation akzeptiert, weil wir uns natürlich gegenüber den zivilen Mitarbeitern, die auf diese Art und Weise in den PRTs leben konnten, verantwortlich gefühlt haben. Aber es ist meines Erachtens kein zukünftiges Konzept für irgendetwas.

Ich habe nicht „gemeinsame Verantwortung, getrennte Verantwortungen“ gesagt, sondern „gemeinsame Verantwortung, getrennte Verantwortlichkeiten der Ministerien.“ Das ist natürlich ein Unterschied. Man sieht ja jetzt, wie die Kollegin Svenja Schulze, Kollege Boris Pistorius und andere solche Situationen diskutieren, die man auch im Bundessicherheitsrat diskutieren kann – und so, denke ich, muss vernetzte Zusammenarbeit in der Bundesrepublik aussehen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Keiner von uns hat den Begriff alternativlos verwendet. Ich teile das, was Herr Fischer gesagt hat: Das sind Abwägungsentscheidungen. Die Abwägungsentscheidungen sind unterschiedlich schwergefallen und hatten unterschiedliche Kriterien.

Die erste Phase war Artikel 5, und auch die Beteiligung eines deutschen Attentäters spielte eine größere Rolle. Herr Fischer hatte darauf hingewiesen. Und natürlich war auch der Punkt entscheidend, dass Afghanistan sozusagen die Kommando-Zentrale des internationalen Terrorismus war. Das musste beendet werden.

Später gab es einen sehr starken menschenrechtlichen Bezug. In diesem Zusammenhang muss man im Nachhinein bezüglich der Kommunikation sagen: Der Versuch, eine Mehrheit der Bevölkerung für den Afghanistan-Einsatz zu gewinnen, wurde am ehesten dort unternommen, wo die Zustimmung am größten zu erreichen war, nämlich in den Bereichen Bildung, Frauen, Menschenrechte, Ernährung, Elektrizität und so weiter. Deswegen habe ich in meinem



Eingangsstatement gesagt, dass zur Kommunikation auch die harte Seite des Einsatzes gehört. Dies wurde unter allen Beteiligten eher verdrängt. Es wurde ungern vorgetragen und erst recht ungern gehört.

Was die Spielräume angeht – ich habe darauf hingewiesen –, waren wir relativ stolz darauf, dass die Dinge – wie wir glaubten – im Norden besser funktionierten als bei unseren Partnern im Süden, im Westen und im Osten. Das war auch so. Wie wir inzwischen wissen, war es aber nicht nachhaltig genug, aber für viele Jahre war es tatsächlich so.

Ich verbinde die zweite mit der dritten Frage: Die Ressortzusammenarbeit oder auch mangelnde oder gute Zusammenarbeit hat bei uns in Deutschland garantiert nichts verändert, was die Grundentscheidungen angeht. Da stimme ich vollkommen zu. Ich stimme auch zu, dass allerdings die Abstimmung verschiedener Bereiche vor Ort zwischen UN, NATO, EU, Weltbank, IWF und allen, die da tätig waren, wirklich unzureichend war. Und das wird es möglicherweise immer bleiben, aber es fiel dort natürlich besonders als Problem auf. Ob man das ändern kann, weiß ich nicht, aber es ist jedenfalls festzuhalten.

Was hat meine Auffassung verändert? Ich habe einige Versuche gemacht, den Bundessicherheitsrat aufzuwerten – Herr Schindler wird sich noch daran erinnern. Ich kann dazu nicht mehr vortragen, weil es ein geheim arbeitendes Gremium ist, aber was mich vor allem bewogen hat, ist, dass heutzutage mehr Faktoren auf die Sicherheit einwirken als früher. Nehmen wir beispielsweise die Frage, ob man Huawei bei Telekommunikationseinrichtungen einsetzen kann. Dafür brauchen Sie die Expertise vieler anderer, die nicht klassische Sicherheitsressorts sind. Und Sie müssen auch eine Abwägung vornehmen, wie groß der wirtschaftspolitische Schaden im Verhältnis zum Souveränitätsgewinn oder dem mangelnden Störeinfluss von außen ist. Das muss über die bestehenden Sicherheitsressorts hinaus abgewogen werden. Eine Entscheidung muss oben erfolgen, aber bei der ganzen Vorbereitung müssen andere mit

einbezogen werden – und ich könnte dasselbe auch am Beispiel von Migration, von Wasser, von Rohstoffen, von Häfen und von kritischer Infrastruktur erörtern. Das hat meine Auffassung geändert.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Schindler.

Gerhard Schindler (ehem. Präsident des BND): Zur Frage nach dem Interesse bei Verschlechterung der Sicherheitslage. Es war nicht so, dass es ein Korrespondieren gab, je schlechter die Sicherheitslage, umso höher das Interesse. Das Interesse ist im Grunde genommen gleichgeblieben. Ich hatte in meinem Eingangsstatement versucht, darzustellen, dass es mich heute im Nachhinein überrascht, wie wenig eigentlich in der nachrichtendienstlichen Lage dazu vorgetragen worden war. Ich habe die nachrichtendienstliche Lage erwähnt, weil dort einerseits auf Aufforderung vorgetragen wird, aber der BND andererseits auch selbstständig vortragen kann, wenn er glaubt, ein Thema sei wichtig. Viele Themen werden erst auf Aufforderung vorgetragen, und es gab keine Aufforderung wie: „Trag doch nochmal zu Afghanistan vor, das interessiert uns jetzt!“ Das Interesse ist insgesamt gleichgeblieben, niederschwellig gleich, was mich im Nachhinein erstaunt.

Die Ressortabstimmung zwischen Bundeswehr, BMVg und Auswärtigem Amt vor Ort in Afghanistan lief hervorragend, jedenfalls ab 2012. Wahrscheinlich hatten sich die Probleme, die man am Anfang hatte, alle erledigt. Das lief völlig problemlos. Und das Gute war: Die meisten Leute kamen wieder zurück und haben in der Regierung, in den Ministerien ihren Dienst versehen. Man konnte nicht immer in Afghanistan bleiben und revolvierte. Das heißt, die gleichen Leute, die vor Ort gut zusammengearbeitet hatten, haben dann auch hier in Deutschland wieder zusammengearbeitet. Ich kann über diese gute Zusammenarbeit zu Afghanistan nur voll des Lobes sein.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Abschließend haben sich in der Fraktionsrunde für DIE LINKE. Herr Lüders und Herr Hunko gemeldet.



Abg. **Andrej Hunko** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Fischer, Sie haben am Anfang an Nine Eleven erinnert und gesagt, auch nur ein Zögern hätten wir uns nicht erlauben können. Das klingt ein bisschen so, als ob Sie die militärische Reaktion auf Nine Eleven für falsch gehalten haben, aber aus Bündnisüberlegungen mitmachen mussten. Da wir auch für die Zukunft lernen müssen: Sehen Sie die heutige Konstellation ähnlich? Würde ein vergleichbares Ereignis wieder zu gleichen Reaktionen führen oder wie könnte der Handlungsspielraum vergrößert werden

An Herrn Schindler eine Frage zur Exit-Strategie oder nicht vorhandenen Exit-Strategie: Sehen Sie mit Blick auf die heutigen Konflikte, dass aus einer nicht vorhandenen Exit-Strategie Lehren gezogen wurden? Wie könnten die Lehren aussehen? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herr Lüders.

SV **Dr. Michael Lüders**: Vielen Dank für die sehr inhaltsreichen und analytisch wirklich guten Ausführungen, die wir von Ihnen haben hören dürfen. Mich würde von Herrn Fischer interessieren: Nach allem, was wir wissen, gab es unmittelbar nach Nine Eleven durchaus Diskussionen innerhalb der Führungsebene der USA, welches Land man als erstes militärisch angeht, ob Afghanistan oder Irak. Und nach allem, was man erfahren konnte, war es vor allem der damalige Außenminister Colin Powell, der insbesondere aus dramaturgischen Gründen dafür plädiert hat, sich zunächst einmal in Richtung Afghanistan zu engagieren und sich dann in einem zweiten Schritt dem Irak zuzuwenden. Waren das Überlegungen, die auch der Bundesregierung bewusst waren? Hat man davon gehört oder war das unbekannt? Und hat man sich auf deutscher Seite gesagt: „Gut, den Irak-Krieg machen wir aus den Gründen, die Sie angesprochen haben, nicht mit, aber wir können uns nicht beiden militärischen Einsätzen verweigern. Das geht nicht. Wir müssen wenigstens bei einem mitmachen.“? Es kann ja sein, dass es solche Überlegungen gegeben hat.

Vielen Dank, Herr Schindler, für Ihre wirklich sehr kritischen und sachkundigen Analysen. Es ist in der Tat so, wie Sie gesagt haben: Das ganze System in Afghanistan war in politischer Hinsicht äußerst fragwürdig. Das alles haben Sie, hat der BND, der Bundesregierung über Monate und Jahre hinweg immer wieder präsentiert. Gleichwohl erweckt es den Eindruck, dass die Bundesregierung aus übergeordneten Erwägungen in diese Richtung nicht nachgedacht hat. Jedenfalls hat man es weiterlaufen lassen, man hat weiterhin Ressourcen und militärisches Personal und anderes expediert. War das sinnvoll? Ich verstehe das Dilemma einer Regierung, dass sie nicht immer auf der Grundlage eindeutiger Entscheidungen handeln kann. Die Welt ist im Fluss, man muss sich auch immer wieder koordinieren. Aber nichtsdestotrotz: Es muss doch aus BND-Perspektive unglücklich gewesen sein, so viel Fachwissen zu präsentieren, und die Politik nimmt das zur Kenntnis, entscheidet aber ganz anders.

Daran anknüpfend würde ich gerne noch eine Frage an Herrn de Maizière stellen. Es geht um die Frage, warum die Exit-Strategie, über die man lange nachgedacht hat, nie wirklich klar ausgesprochen wurde. Man ist bis zum letzten Moment dageblieben. Spätestens bei Doha hätte einem, wie Frau Wieczorek-Zeul völlig zu Recht gesagt hat, im Grunde genommen klar sein müssen, dass – das sind jetzt meine Worte – die Party in gewisser Weise gelaufen ist. Was kann man jetzt mit der afghanischen Bevölkerung tun? Das ist alles eine sehr unglückliche Entwicklung. Wäre es sinnvoller gewesen, vorher die Option eines Exits zu prüfen?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Fischer.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Könnten Sie Ihre Frage bitte noch einmal wiederholen, Herr Hunko?

Abg. **Andrej Hunko** (DIE LINKE.): Ist die Sicherheitsarchitektur, die 2001 nicht zerdeppert werden sollte, heute noch ähnlich? Könnte das wiederkommen? Gab es überhaupt keinen Millimeter Alternative?



Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Nein. Damals wäre es völlig neben der Wirklichkeit gewesen, nach dem 11. September zu meinen, die Supermacht USA würde einfach nach dem neutestamentlichen Prinzip die linke Backe hinhalten, nach der Devise: Da passiert nichts. Nach dem größten Angriff spielte auch der Pearl-Harbor-Effekt mit hinein. Ich war nie der Meinung, das würde zu keiner Reaktion führen. Ich war mir sehr früh bewusst, dass es Osama bin Laden war und dass demnach die Spur nach Afghanistan führen würde. Und so ist es ja auch gekommen.

Herr Lüders, die Debatte, ob Afghanistan die einfachere Variante statt Irak war, hat uns zur damaligen Zeit gewiss nicht erreicht. Sie wurde auch nicht in der Bundesregierung geführt, und ich kann mich nicht erinnern, dass sie in meinem Kopf auch nur einmal stattgefunden hat. Das hat sich im späteren Verlauf ergeben. Und es gab auch in der deutschen medialen Öffentlichkeit keine Nachricht, dass es angeblich eine Debatte über zwei Ziele gegeben hat. Das ist alles erst sehr viel später dargestellt worden. Meine klare Antwort ist: Nein.

Der **Vorsitzende**: Frau Wieczorek-Zeul.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Ich meine, die Frage ist eher absurd: Der Einsatz in Afghanistan war die Reaktion auf die Angriffe auf das World Trade Center und die Tatsache, dass die dortigen Taliban den Terroristen sozusagen die Plattform erhalten haben und sich geweigert haben, das zurück-zuziehen. Der Irakkrieg – das ist hier nicht die Gelegenheit, das zu diskutieren – war unter falschen Voraussetzungen, im Grunde mit Lügen, mit dem Argument, da seien Massenvernichtungswaffen, und der Einordnung des Iraks in eine angebliche Gruppe von Rogue States [Schurkenstaaten] begründet worden. Das war etwas völlig anderes, und wir haben zu Recht gesagt – dazu stehe ich und bin stolz darauf: „Da werden wir uns nicht beteiligen.“ Ich hatte eigentlich darauf gewartet, dass sich am 20. März, dem 20. Jahrestag des Irakkrieges, der ein oder andere, der das damals anders gesehen hatte, sich äußern würde, denn das war ein Bruch des

Völkerrechts. Insofern haben wir uns nicht daran beteiligt. Das sind zwei völlig unterschiedliche Argumente und ich würde auch nicht versuchen, das künstlich miteinander zu verknüpfen, Herr Lüders.

Der **Vorsitzende**: Herr de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Zum Irak nur ein Wort: Herr Fischer berichtet aus seiner biografischen Situation, wo er Minister war, da spielte das Thema Irak eine große Rolle. Als ich Minister wurde und Minister blieb, war der Irak zwar längst nicht erledigt – wie immer man die Erledigung bewertet –, aber das war gar kein Gegensatz mehr. Man konnte Afghanistan und Irak gar nicht gegeneinander ausspielen, denn es hatte gar nichts miteinander zu tun – in der Entstehungsgeschichte vielleicht, aber nicht mehr im operativen Handeln unserer Zeit.

Ich möchte etwas zu Herrn Schindler und den Warnungen des BND sagen: Ich war vier Jahre als Chef des Bundeskanzleramts auch Chef vom BND und habe versucht, den BND in vielerlei Hinsicht zu unterstützen. Aber eines muss ich mal sagen: Die Politik einer Regierung ist nicht, die Warnungen des BND in Politik umzusetzen. Der BND und auch der Verfassungsschutz schauen immer auf Gefahren, das ist ihre Rolle. Trotzdem muss man dann ein abwägendes Urteil fällen. Wenn man immer auf die Warnungen des BND gehört hätte, sähe die Außen- und Sicherheitspolitik ganz anders aus. Manchmal hat der BND Recht und manchmal Unrecht. Der BND ist eine unverzichtbare, zentrale, wichtige, durch bestimmte Informationsgewinnung – Klammer auf: die man nicht zu sehr erschweren dürfte, Klammer zu – erforderliche Informationsquelle für die Bundesregierung – aber nicht der Befehlsgeber für Außen- und Sicherheitspolitik, das muss man auch mal sagen. Soldaten vor Ort haben ein durchaus differenzierteres Bild geschildert, ohne die Gefahren klein zu reden. In Debatten, die wir in der Sicherheitslage hatten, wurde sich auch darüber ausgetauscht. Das ist auch die Funktion.



Jetzt wird sich Herr Fischer ärgern, aber ich würde sagen, die Tendenz des Außenministeriums war immer, die Lage etwas zu optimistisch zu sehen und die Tendenz des BND war immer, die Lage etwas zu kritisch zu schildern. So schauen Menschen auf Dinge. Herr Fischer widerspricht, aber das ist jedenfalls meine Erfahrung. Wenn es beispielsweise um Visumserleichterungen geht, sagen das Wirtschafts- und Außenministerium immer: „Das ist großartig für den Austausch von Wirtschaft und den Studentenaustausch.“ Das Innenministerium sagt immer: „Da kommen aber allerlei Spitzbuben, da müssen wir vorsichtig sein.“ Und Politik ist, dazwischen einen Weg zu finden. Das will ich zu unserer Haltung zum BND sagen: vernünftigerweise darf keine Warnung unter den Tisch gekehrt werden, aber es ist nicht eins zu eins umzusetzen.

Zur Exit-Strategie will ich sagen: Wir tragen Verantwortung im ganzen Norden. Sie können nicht einfach alleine aus dem Norden rausgehen. Und noch etwas: Die Bundeswehr war außerstande, ohne die Amerikaner abzuziehen. Das sage ich ohne jeglichen Vorwurf. Uns fehlten die ganzen Luftkapazitäten, die Aufklärung dazu, das ist so. „Gemeinsam rein, gemeinsam raus“ – das hat vorhin jemand lächerlich gemacht oder kritisiert – ist natürlich keine politische Strategie, aber es ist für das militärische Handeln unverzichtbar gewesen. Wir haben den Amerikanern politisch auch gesagt, dass das so sein wird. Für uns ging es gar nicht anders. Deswegen waren unsere Ansprechpartner für den Abzug die Amerikaner. Als dann die Verabredung in Doha war, war ich nicht mehr der verantwortliche Minister. Jedenfalls ist sicher, dass der bedingungslose Abzug durch Trump bzw. Biden für uns besonders schwer war. Darüber werden Sie noch in anderer Weise beraten, dafür gibt es einen eigenen Untersuchungsausschuss. Das ist eine andere Baustelle. Aber zu sagen, wir hätten ja einfach gehen können, ist politisch und militärisch unrealistisch.

Der **Vorsitzende**: Herr Schindler.

Gerhard Schindler (ehem. Präsident des BND): Nur ganz kurz, ich stimme Ihnen selbstverständlich zu, Herr de Maizière. Zur Exit-Strategie: Für

mich hat sich die Lehre ergeben, je konkreter man die Ziele formuliert, warum man eigentlich in das Land hinein geht, umso einfacher ist es, eine Exit-Strategie zu gegebenem Zeitpunkt zu entwickeln. Und je mehr man offenlässt, umso mehr kann der Afghanistan-Effekt eintreten, nämlich: Je länger man im Land ist, umso weniger kommt man heraus. Ich bin auch nicht in der Lage zu sagen, warum die neuen Einsätze mit einer Exit-Strategie oder Nicht-Exit-Strategie falsch oder richtig sind. Ich teile die Auffassung von Herrn Minister de Maizière, dass der Bundesnachrichtendienst nicht dazu da ist, das zu kritisieren oder zu analysieren oder eine Textexegese zu machen. Der Bundesnachrichtendienst ist – es ist gut, dass ich das hier sagen darf – eine sehr loyale und sehr rechtstreue Organisation. Wenn das deutsche Parlament etwas beschließt, machen wir das.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir sind noch im Rahmen unserer Beratungszeit. Gibt es von Seiten einer Fraktion den Wunsch einer gezielten Nachfrage? Herr Gießmann.

SV Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Vielen Dank. Ich möchte die Frage der Spielräume noch von einer anderen Perspektive aufwerfen. Herr Minister de Maizière, Sie haben davon gesprochen, dass die Koordinierung zwischen den internationalen Organisationen nicht besonders gut gelaufen ist. Deutschland hat aber gerade in diesem Bereich versucht, beispielsweise im Rahmen der Kontaktgruppe, genau das zu bewerkstelligen. Man muss sich sicherlich noch genau angucken, warum das nicht in dem Maße geklappt hat, wie es hätte sein sollen. Die Frage, die ich habe, bezieht sich auf den Beginn des Einsatzes: War der Bundesregierung eigentlich bewusst, dass die Erlaubnis, die entmachteten Mujaheddin zurück an die Macht zu bringen, ein Problem war, dass sich über den gesamten Einsatz hingezogen hat? Denn gerade diese früheren tribalen und anderen Machteliten hatten ihren Kredit in der Bevölkerung schon verspielt, als die Taliban an die Macht kamen.

Und die zweite sehr konkrete Nachfrage ist: Teilen Sie die Einschätzung von Lakhdar Brahimi, dass die Nichteinbeziehung der Taliban die Erbsünde des Petersberg-Prozesses war?



Die Fragen richten sich an diejenigen, die etwas dazu was sagen können, also hauptsächlich an Herrn Fischer, aber vielleicht auch an Herrn de Maizière.

Der **Vorsitzende**: Herr Fischer, bitte.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Bei der Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg saß man mit Leuten in einem Saal, mit denen man sich angesichts ihrer Biografie und der Verantwortung, die sie vor allen Dingen nach dem Abzug der Roten Armee und im afghanischen Bürgerkrieg gehabt hatten, ehrlich gesagt nicht freiwillig zusammensetzen würde. Das war die Situation damals. Und man musste eine möglichst breite Grundlage schaffen. Dass das einen Preis hatte, war klar. Aber es war Afghanistan – ein durch Invasion und Bürgerkrieg zerrissenes Land. Das war nicht mit einem europäischen Land vergleichbar. Und auch auf dem Balkan haben wir vieles erleben müssen und später in den Waffenstillstandsgesprächen Verhandlungen mit den Leuten geführt. In die Situation werden Sie immer wieder kommen. Da muss man durch.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Ich war bei der Frage der Zusammensetzung der Petersberg-Konferenz nicht beteiligt, obwohl ich zu dem Zeitpunkt 2001 Mitglied der Regierung war. Es gab extra Treffen für die Zivilgesellschaft. Wir haben uns mit denen zusammengesetzt. Das war wunderbar. Das waren engagierte Leute, die wirklich ein Interesse daran hatten, veränderte Verhältnisse in Afghanistan zu schaffen. Sie waren allerdings etwas abgetrennt von den anderen Beteiligten.

Zu der Frage nach der Beteiligung der Taliban am Anfang: Ich schätze und liebe Lakhdar Brahimi. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass man in der Situation damals gesagt hätte, die Taliban sollten an dieser Konferenz teilnehmen. Meine Einschätzung ist eher, dass es dazwischen Situationen gab, wo man hätte sagen können: Wir müssen uns zurückziehen, und wir müssen den Afghanen die Verantwortung übertragen. Da wäre dann der Punkt gewesen, wo man die Taliban hätte einbeziehen können. Wie gesagt, Ghani hatte

das auch zum Teil vorgeschlagen. Aber eine Beteiligung der Taliban an der Petersberg-Konferenz hätte ich mir einfach nicht vorstellen können. Und das wäre, glaube ich, auch nicht realistisch gewesen.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Dann hätte die Konferenz nicht stattgefunden.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Richtig. Aber was die Mujaheddin anbelangt, teile ich die Zweifel.

Der **Vorsitzende**: Herr Nachtwei hat noch eine Nachfrage.

SV Winfried Nachtwei: Ich habe eine Frage an Frau Wieczorek-Zeul und Herrn de Maizière. Im Jahr 2006 hat es ein Wetterleuchten gegeben, und zwar gab es vom Senlis Council Berichte, dass die Taliban sich im Süden zurückmeldeten und es Krieg am Boden gab. Dieser war von vornherein ziemlich entfesselt, beispielsweise als die Briten nach Helmand kamen. Dann berichtete der Regionalkommandeur Nord uns Obleuten im Verteidigungsausschuss, dass es auch im Norden zu einer Vervielfachung der Sicherheitsvorfälle kam und schnell etwas geschehen musste. Daraufhin hat es aus dem parlamentarischen Bereich die ersten Forderungen nach einer Bilanzierung, einer Bestandsaufnahme gegeben. In den Folgejahren wurde das mit Wirkungsevaluierungen und so weiter formuliert. Und gerade auch aus Kreisen von einsatzerfahrenen Offizieren gab es ein starkes Drängen auf Evaluierung: Wie wirkt unser Einsatz? Was ist gut, was ist schlecht, wo kommen wir nicht voran und so weiter?

Und die Erfahrung war: Ganze 14 Jahre ist das nicht aufgenommen worden. Erst zum Ende des Einsatzes ist es zu solchen Wirkungsevaluierungen gekommen – und wir als Enquete-Kommission gehören dazu. Wie erklären Sie sich diese lange Verweigerung von Wirkungsbewertungen, -analysen und so weiter? Wobei: Im Bereich des BMZ hat es auf der Ebene von Programmen in Nordost-Afghanistan Evaluierungen gegeben, wie das internationale Engagement bei der Bevölkerung wirkt. Das waren



Schritte in die Richtung, aber es geht um die Auswertung auf der politisch-strategischen Ebene.

Der **Vorsitzende**: Frau Wieczorek-Zeul und Herr de Maizière.

Heidmarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Das klingt vielleicht für manche etwas provokativ, aber die Entwicklungszusammenarbeit wird tausendfach evaluiert, und zwar überall. Meine Forderung war immer – ich habe das auch mitgeteilt –, dass es auch ein Monitoring von militärischen Einsätzen geben muss, damit man mögliche Fehler findet. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit haben wir unter manchen Gesichtspunkten Schlussfolgerungen gezogen – ich spreche jetzt nicht nur von Afghanistan. Und das Monitoring durch DEval und andere ist hilfreich, damit man lernt. Aber in Bezug auf die militärische Seite hat es kein Monitoring gegeben. Ich vermag die Frage nicht zu beantworten, außer: Man wollte es nicht.

Der **Vorsitzende**: Herr de Maizière.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Dem muss ich widersprechen, das wird Sie nicht überraschen. An das sogenannte Wetterleuchten 2006 erinnere ich mich auch. Es hat auch Konsequenzen gegeben – ich habe die Zahlen ja genannt –: die Erhöhung der Mandatszahl. Ich habe die internationalen Zahlen nicht mehr im Kopf, aber in Deutschland wurde von 3.000 auf 4.500 erhöht. Das ist beachtlich und war ein großer Schritt – Klammer auf: der war innenpolitisch nicht ganz leicht durchzusetzen, Klammer zu. Im Jahr 2010 wurde die Zahl dann auf 5.350 erhöht. Auch das ist natürlich eine Konsequenz.

Die Fortschrittsberichte waren Teil von Evaluierungen. Und ich kann Ihnen sagen, bei all meinen Besuchen ging es natürlich immer mit einer Lage-Analyse los und mit einer Bewertung dessen, was in den vergangenen Zeiten passiert ist und welche Konsequenzen daraus gezogen worden sind. Dass es keine Evaluierung über die Wirkung militärischer Einsätze gegeben hätte, stimmt nicht. Das gehört zum täglichen Brot von

Soldaten und von denen, die dafür Verantwortung tragen. Die Evaluierung militärischer Einsätze findet statt und hat auch bei diesem Einsatz stattgefunden.

Der **Vorsitzende**: Herr Vollmer, Sie hatten noch eine Nachfrage.

SV Jörg Vollmer: Meine Frage betrifft die Unterstützung und Beratung im politischen Kabul. Die Bundeswehr hat die ANA ausgebildet. Wir haben mit dem Wechsel von ISAF zu RSM nur noch auf der Korps-Ebene und darüber ausgebildet und beraten. Bei der Polizei war es vergleichbar. Mir ist nicht erinnerlich, dass wir uns in den afghanischen Ministerien, egal in welchem, in vergleichbarer Weise engagiert haben. Warum nicht? Denn wenn wir von Staatsaufbau reden oder der Unterstützung beim Staatsaufbau, dann ist ein Schlüssel, von oben nach unten, gerade in den Ministerien, entsprechend mitzusprechen. Damit verbunden ist die etwas ketzerische Frage: Hätte man dann nicht ehrlich beantworten müssen, wie wir gegen die endemische Korruption vorgehen? Wir sagen alle: Wir berichten das alles, wir wussten alles, wir haben es gemacht. Aber wenn man sich in den Ministerien entsprechend engagiert hätte, hätte man sich vielleicht auch etwas intensiver damit auseinandersetzen müssen. Die Kernfrage ist: Warum hat man sich in den Ministerien nicht stärker engagiert?

Heidmarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Ich muss gestehen, ich kann die Frage fast gar nicht verstehen, weil das mit der Realität nichts zu tun hat. Wir haben bei der Entwicklungszusammenarbeit natürlich Ministerien beraten. Manche werden sich noch an Minister Farhang erinnern, der für die Wirtschaft zuständig war. Wir haben die Ministerien zum Beispiel zu Exportmöglichkeiten für die afghanische Seite, dem Zugang zu einfachen Krediten und all diesen Punkten beraten und haben auch versucht, auf diese Art und Weise einen Teil des zivilen Wiederaufbaus zu beeinflussen. Übrigens auch massiv, indem wir zum Beispiel dem Finanzminister – das war ja Ghani zum Teil – auch auf die Finger geguckt haben. Das heißt, Ihre Einschätzung ist wirklich falsch.



Ich habe das vorhin etwas diplomatisch ausgedrückt: Es gab natürlich Ministerien, mit denen man einfacher gearbeitet hat. Zum Beispiel war der Bildungsminister jemand, der den Blick dafür gehabt hat, dass du die Curricula verändern musst, wenn du das Bewusstsein von jungen Leuten in den Schulen beeinflussen willst, dass der Wiederaufbau in allen Regionen stattfinden muss. Und er hat ein entsprechendes Sektorprogramm vorgelegt, das wirklich gut war.

Mit Rücksicht auf die Zeit habe ich darauf verzichtet, alle Wiederaufbaumaßnahmen mit darzustellen, aber ich kann es gerne schriftlich in der Stellungnahme für Sie aufzählen. Die Wiederaufbaumaßnahmen waren groß, und wir haben auch versucht, die Korruption zu bekämpfen. Es ist vorhin mit angesprochen worden – Herr Schindler berichtet von der Zeit ab 2012, da ist es natürlich noch eine andere Situation –: Wir haben massiv versucht, in ländlichen Regionen andere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Zum Beispiel hat die Rehabilitierung der sogenannten Zuckerfabrik in Baghlan dazu geführt, dass der Wiederaufbau einer Zuckerrüben-Fabrik mit Beschäftigung, mit Arbeit möglich wurde. Das war nicht die Alternative zum Opiumanbau, das ist völlig klar, aber die Möglichkeiten, solche Alternativen zu schaffen, auch durch die Zusammenarbeit mit fähigen Ministern, waren auf jeden Fall da.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Das, was Frau Wieczorek-Zeul gesagt hat, trifft zu. Man müsste für die Zukunft überlegen, ob das nur eine Aufgabe des BMZ sein sollte, oder ob nicht das Bildungsressort, das Innenressort als Verwaltungsressort und das Justizressort viel stärker in den vernetzten Ansatz mit einbezogen werden können und nicht die ganze Last beim BMZ, der GIZ und der KfW liegt. Ob die das gerne wollen, ist eine andere Frage. Das wäre die spannende Frage für die Zukunft.

Der **Vorsitzende**: Herr Hunko.

Abg. **Andrej Hunko** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Meine Frage geht an Frau Wieczorek-Zeul. Sie haben auf einen Punkt hingewiesen, von dem ich

finde, dass er in der Enquete-Kommission etwas unterbelichtet ist, nämlich auf die Folgen von militärischen Aktionen, wie Sie das genannt haben – ich würde sagen, auch von Kriegsverbrechen –, insbesondere der US-Seite und der Briten, die ja nachgewiesen sind, bis hin zu Kunduz oder Drohnenangriffen auf Hochzeitsgesellschaften. Meine Frage ist, welche Rolle diese Ereignisse aus Ihrer Sicht beim letztendlichen Scheitern des Gesamteinsatzes gespielt haben. Sie haben gesagt, es hat die Leute in die Arme der Taliban getrieben. Herr de Maizière sagte: „In Deutschland ist die Stimmung nach Kunduz im September 2009 gekippt.“ Welche Rolle spielte das insgesamt beim letzten Scheitern dieses Engagements?

Heidmarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Es gibt nie einlinige Erklärungen. Aber ich bin ganz sicher, all das – Abu Ghraib im Irak 2004 oder auch die Geheimgefängnisse der CIA, zum Beispiel in Bagram, was ja alles bekannt geworden ist – hat dazu geführt, dass die Unterstützung in der Bevölkerung nachgelassen hat, weil das mit Missachtung verstanden worden ist. Und nochmal: Ich habe hoch respektiert, was die Soldatinnen und Soldaten von ISAF gemacht haben. Das Problem ist, dass sich das auf alle ausgewirkt hat – so schrecklich das war –, weil man es in Bezug auf die USA als Leading Actor gesehen hat. Das ist wirklich außerordentlich traurig. Aber ich finde, man muss es ansprechen, und man muss es eben auch deutlich machen.

Der **Vorsitzende**: Herr Fischer.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Es ist keine Frage, dass Abu Ghraib und andere Vorfälle in der muslimischen Welt extrem negative Wirkungen hatten und die Radikalisierung unterstützt haben. Aber ich wende mich dagegen, hier den Eindruck zu erwecken, die USA wären die Bluttrünstigen gewesen und wir die sanften, guten und lieben Leute von der Entwicklungszusammenarbeit. So war es nicht. Tatsache ist – darauf hat Herr de Maizière in seinem Eingangsstatement zu Recht hingewiesen –, dass die Sicherheit unserer Leute, auch der nicht-militärischen, in einem hohen Maße von der Sicherheitsgarantie durch US-Truppen und Briten



abhing. Das möchte ich hier nicht unter den Tisch fallen lassen und einen falschen Eindruck stehen lassen. Ich denke, es würde am Auftrag der Enquete-Kommission vorbeigehen, wenn man da so ein antiamerikanisches Soupçon hätte. Und das vor allem in einer Zeit, in der wir mehr denn je von der Sicherheitsgarantie der USA abhängen – machen Sie sich da mal keine Illusionen.

Der **Vorsitzende**: Herr Ramms.

SV **Egon Ramms**: Eine Ergänzung zu Bundesminister a. D. de Maizière: Wenn ich mich richtig erinnere als ehemaliger Chef Stab FÜ S [Chef des Stabes des Führungsstabes der Streitkräfte], haben wir über mehr als zehn Jahre lang jede Woche die wöchentliche Unterrichtung des Parlamentes über die Einsatzgebiete der Bundeswehr an alle Bundestagsabgeordneten verteilt. Zwar würde ich das nicht Evaluierung nennen, aber zumindest hat man seitens des BMVg versucht, das Parlament entsprechend zu unterrichten. Herr Nachtwei, wenn ich jetzt etwas Falsches gesagt habe, korrigieren Sie mich bitte.

SV **Winfried Nachtwei**: Das ist so weit richtig.

Der **Vorsitzende**: Danke. Dann hatte sich Herr Wundrak noch gemeldet.

Abg. **Joachim Wundrak** (AfD): Ich habe eine Nachfrage an Minister de Maizière. Sie haben ausgeführt, dass ein deutscher Exit vor dem Ende der Operation nicht denkbar und nicht realistisch gewesen wäre. Die Franzosen haben es in zwei Operationen anders gemacht. Wenn wir – aus welchen Gründen auch immer – diese Bindung „Zusammen rein, zusammen raus“ haben, muss man dem Parlament nicht dann vor der ersten Entscheidung ganz klar vermitteln, dass wir ein Problem mit dem Exit haben?

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Was Herr Schröder und Herr Fischer dem Parlament gesagt haben, weiß ich nicht – aber so, wie Herr Fischer hier aufgetreten ist, hat er es immerzu gesagt. Und wir haben auch immer gesagt, dass wir dort gemeinsam Verantwortung

tragen – wir im Norden und in Kabul gemeinsam –, dass es eine gemeinsame Aktion ist, weit über die NATO hinaus mit bis zu 50 Staaten. Und dass wir aufeinander angewiesen sind, wir vor allem auf die Amerikaner, insbesondere was den Luftraum betrifft. Bevor wir eigene Kampfhubschrauber hatten, konnten wir nicht einmal die eigenen Leute rausholen. Das haben wir immerzu laut und deutlich gesagt. Ich kann mich nicht erinnern, das jemals verschwiegen zu haben.

Der **Vorsitzende**: Frau Sthamer hat sich gemeldet.

Abg. **Nadja Sthamer** (SPD): Ich habe eine Nachfrage, die sich ein bisschen an das anschließt, was Herr Gießmann gesagt hat. Wir haben viel darüber gesprochen, wie internationale Absprachen funktioniert haben, aber Sie alle haben auch direkte Amtskolleginnen und -kollegen. Ich habe mich gefragt, ob es da einen direkteren Draht gab, um manchmal – vielleicht auch auf amerikanischer Seite – mit dem Gegenüber auf einem kürzeren Weg zu reden, und welchen Einfluss und welche Rückkopplung das auf die Prozesse hatte. Es würde mich interessieren, ob es da eine andere Perspektive gab. Danke.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Ich kann nur für mich reden: Es gab engste Kontakte, direkte persönliche Telefonkontakte, wir waren regelmäßig im innigen Austausch. Ich nehme an, auf der militärischen Ebene und auf der Ebene des BMVg war das ähnlich. Ich weiß, dass es im Bundeskanzleramt so war. Die Zusammenarbeit verbündeter Regierungen sieht so aus, dass man sich selbst auf der Fachbeamtenebene aufs Engste koordiniert. Es ist nicht so, dass nur ein Botschafter mit einer formellen Demarche auftaucht, sondern das findet auf der Fachbeamtenebene statt. Ich nehme an, bei Spitzenmilitärs findet es genauso über die NATO et cetera statt. Das ist gewährleistet. Das ist einer der großen Fortschritte, die der Multilateralismus zusammen mit moderner Technologie gebracht hat.

Der **Vorsitzende**: Herr Masala, Sie hatten eine Nachfrage.



SV Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala: Ich habe zwei Fragen. Eine Frage geht direkt an Herrn Minister a. D. Fischer. Nachdem bei Nine Eleven die uneingeschränkte Solidarität von Gerhard Schröder ausgesprochen wurde, sagte er am 12. September im Deutschen Bundestag in der Regierungserklärung aber: Wir beteiligen uns nicht an militärischen Abenteuern. Sie haben klar gemacht, dass es nicht um Afghanistan/Irak ging. Aber was war damals eigentlich gemeint? War es die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom, die nicht so weit gehen durfte, oder was war die Diskussion in der Bundesregierung damals?

Eine Frage an Herrn de Maizière und Herrn Fischer: Inwieweit konnte die Bundesrepublik Deutschland in Ihren jeweiligen Amtszeiten entscheidenden Einfluss auf die Formulierung der Dachmandate, aus denen unsere nationalen Mandate abgeleitet wurden, nehmen?

Der **Vorsitzende:** Herr Fischer.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Sie dürfen nicht vergessen, Bundeskanzler Schröder war Rechtsanwalt. Das heißt, das war durchaus als eine Vorbehaltsklausel für alle Eventualitäten zu sehen, und nicht für etwas schon konkret im Busch Befindliches. Ich denke, er hatte an dem Punkt Recht, diese Vorbehaltsklausel im Bundestag einzuschieben – wie man dann im Irak gesehen hat. Das ist das Übliche im politischen Alltag. Was war Ihre zweite Frage?

SV Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala: Inwieweit konnte Deutschland Einfluss auf Dachmandate nehmen?

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Die Mandate wurden natürlich auf der Fachbeamtenebene, also der militärischen Ebene erörtert. Dort hatten wir einen nicht unerheblichen Einfluss, der auch darin bestand, dass man beizeiten wusste: Das ist verhandelbar, das ist nicht verhandelbar, das ist für uns besonders wichtig et cetera. Verkürzt würde ich es als ein Geben und Nehmen beschreiben. Man kann nicht nur nehmen, man muss auch bereit sein zu geben.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Ich habe nur eine Frage: Worauf haben Sie sich konkret bei Herrn Schröder bezogen, Herr Masala?

SV Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala: Auf die Regierungserklärung am Tag nach Nine Eleven. Am 11. September ging er vor die Presse und sagte uneingeschränkte Solidarität zu. In der Regierungserklärung am Tag danach sagte er aber: Wir beteiligen uns nicht an militärischen Abenteuern. Ich wollte nur wissen, wie der Diskussionsstand in der Bundesregierung damals war.

Der **Vorsitzende:** Herr de Maizière, Sie wurden direkt angesprochen.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Zu den Kontakten: Natürlich hat es engste Kontakte gegeben, zunächst als Chef BK insbesondere mit dem Chef des Weißen Hauses, Joshua Bolten, dann mit den Verteidigungsministern Bob Gates und Leon Panetta, und erst recht später als Innenminister mit den Ministern für Homeland Security, Janet Napolitano und andere. Es gab auch Telefonate, wie Herr Fischer sagt. Wir hatten enge Kontakte auf allen Ebenen. Das Gleiche hatten wir mit den Briten und Franzosen. Es herrschte wirklich eine große Offenheit. Man hat auch über die jeweilige innenpolitische Lage und über Wünsche, die man hat, berichtet. Wir hatten vorhin das Stichwort Spielraum: Es ist sicher auch durch persönliche Vertrauensbeziehungen ziemlich viel Spielraum entstanden. Je größer das Vertrauen, umso größer der Spielraum, und je weniger Vertrauen, umso geringer der Spielraum. Das ist sicher so.

Herr Masala, ich komme zu den Dachmandaten, und jetzt meine ich es insbesondere militärisch: Ein Dachmandat fällt nicht vom Himmel, das schreibt nicht irgendwer in Brüssel, sondern es ist Gegenstand von Gesprächen. Und wir haben natürlich gute Leute dort, die in unserem Sinne und nach Rücksprache mit uns die Dachmandate verhandelt haben. Es gibt noch einen Punkt, der immer problematisch oder – ich sag das offene Wort – peinlich war, nämlich die Deutsche Red-



Card-Holder-Situation: Das und das geschieht, aber wir sind nicht dabei. Das wollte man möglichst vermeiden, auch im Interesse der Soldaten und der praktischen Arbeit vor Ort. Also hat man versucht, das Mandat so auszufüllen, dass es möglichst nicht dazu kam. Es gab sie trotzdem. Aber wenn Ihre Frage den Eindruck erwecken sollte, dass wir lammfromm irgendwelche Dachmandate entgegengenommen haben: das ist nicht der Fall, denn die Mandate sind aktiv von uns mit beeinflusst worden.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Nochmal für die Zukunft: Es gab zwei unterschiedliche UN-Mandate, ISAF und UNAMA. Da war der Spalt angelegt. Und das muss für zukünftige Entscheidungen vermieden werden.

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Das wird aber nicht national entschieden.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Nein, aber wenn es um die Frage des Dachmandats geht, kann man doch versuchen, Einfluss zu nehmen.

Der **Vorsitzende**: Herr Wüstner.

SV André Wüstner: Vielen Dank. Ich habe eine Frage an Thomas de Maizière, da er in unterschiedlicher Form Verantwortung getragen hat. Wir planen in der Enquete-Kommission in Kürze eine Sitzung zu den internationalen Evaluierungen. In der Vorbereitung und Begleitung der Enquete war ich überrascht, wie viel Material wir in der Wissenschaft haben, angefangen mit Grundlagen und vielem mehr. Meine Frage: Haben wir das regierungsseitig genutzt, was dort wissenschaftlich im Raum war? Gab es eine Anbindung? Fehlte uns vielleicht auch der Mut? Ich bin auch im Auswärtigen Amt, im BMZ oder BMVg unterwegs, und auch dort gibt es Menschen, die sich fragen: Hätten wir die Wissenschaft nicht früher einbinden können, sei es bei der Frage der Kultur oder vielen anderen Dingen? Bewerten Sie das jetzt im Nachhinein anders und welchen Vorschlag hätten Sie? Oder

sagen Sie, das, was Sie bisher wahrgenommen haben, passt?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Schindler: Sie haben in Ihrem Eingangsstatement von einer vereinzelt grotesken Vorschriftenlage gesprochen. Könnten Sie zum Rahmen – Stichwort BND-Gesetz – noch etwas sagen? Vielleicht kann Herr de Maizière ergänzen. In der zweiten Phase machen wir abseits von Afghanistan Vorschläge für die Zukunft. Was können wir aus Afghanistan lernen? Wo sagen Sie: Achtung, hier müsste man im Umgang mit dem Bundesnachrichtendienst neu nachdenken und reflektieren? Danke.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Ich kann für mich als Chef BK, Innen-, Verteidigungs- und wieder Innenminister sagen, dass es sicher zu wenig Beschäftigung damit gab. Aber ehrlich gesagt: Was soll man denn noch alles machen? Die tägliche Routine ist so extrem anstrengend. Sich da mal Zeit zu nehmen, um mit jemanden zu reden, ich habe das versucht auszukämpfen – immer Not leidend, überhaupt Gedanken aufzunehmen. Sie müssen sozusagen immer Benzin abgeben und haben ganz wenig Zeit, um Kraft aufzunehmen. Das gilt für den Minister als Person.

Daneben würde ich schon sagen, dass im Kanzleramt, im Verteidigungsministerium und in der SWP – das gehört zwar nicht zum Kanzleramt, aber es besteht eine große Nähe vom Kanzleramt zur SWP – einiges entstanden ist. Wir hatten viele Gesprächskreise. Herr Masala war einmal in einem Gesprächskreis dabei. Da haben wir uns schon bemüht, externes Wissen aufzunehmen. Wir waren auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz und haben mit vielen geredet. Ob man mehr braucht, weiß ich nicht.

Was jedenfalls schlechter ist als in anderen vergleichbaren Staaten, ist unsere außen- und sicherheitspolitische Expertise insgesamt: Bezogen auf unsere internationale Bedeutung ist die Zahl der sicherheitspolitischen Experten und Thinktanks überschaubar klein. Das sind ganz wenige Wissenschaftler, viele ehemalige Soldaten



und Botschafter. Aber es gibt keine richtige Community von Experten, wie sie andere, auch kleinere, Staaten haben. Als ich den NATO-Bericht für die NATO-Strategie 2030 gemacht habe, habe ich erstaunt festgestellt, was für großartige Thinktanks es in Skandinavien, in der Slowakei und anderswo gibt. Bei uns gibt es nur ganz wenige. Wir haben SWP, und wir haben die DGAP, die sich gut gemacht hat. Und dann hört es schon fast auf. Es gibt noch einzelne Professuren. Jetzt beleidige ich einige, die hier sind.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Es gibt auch Friedensforschungsinstitute.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Ja, aber die Friedensforschungsinstitute haben eine Berührungsangst mit dem Militärischen, da gibt es praktisch wenig Gespräch. Auch das ist eher notleidend bei uns in Deutschland, es sei denn, es hat sich radikal verändert.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bundesministerin a. D.): Das hat sich schon verändert.

Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister a. D.): Das kann sein. Ich will nur sagen: Verglichen mit der Größe unseres Landes ist die sicherheitspolitische, zivilgesellschaftliche, außerregierungsnahe Expertise deutlich zu klein. Daran müsste man, glaube ich, wirklich arbeiten.

Bei der Frage nach dem BND-Gesetz sollte vielleicht Herr Schindler den Anfang machen.

Gerhard Schindler (ehem. Präsident des BND): Was ich eben vorgetragen hatte, bezog sich nicht auf das BND-Gesetz, sondern generell auf die Vorschriftenlage und Regeln. Da treffen Sie einen wunden Punkt bei mir – ich könnte ganz lange darüber reden, aber ich will es bei zwei Beispielen belassen: Es gibt die Regelung, ein Fahrtenbuch zu führen, wenn sie ein Dienstfahrzeug führen. Das ist in Afghanistan Unsinn, weil der Zweck der Regelung, zwischen privaten Fahrten und dienstlichen Fahrten zu unterscheiden, in Afghanistan nicht erreicht werden kann. Trotzdem hat niemand das Fahrtenbuch

abgeschafft. Dafür ist letztendlich das BMF zuständig. Wir haben uns selbst geholfen. Solche unsinnigen Regeln gibt es en masse. Am schlimmsten fand ich die Regelung des Mehrarbeitsausgleiches. Wenn Sie in einer Station arbeiten, wo Sie Angehörige des BND haben, einen Soldaten, einen Beamten und einen Angestellten: die machen alle drei das Gleiche, aber jeder bekommt eine unterschiedliche Mehrarbeitsvergütung, und alle haben unterschiedliche Freizeitausgleichsregelungen. Das ergibt keinen Sinn. Meine Frage war dann: Können wir nicht eine Einsatzregelung schaffen? Es kommt wahrscheinlich auch in Zukunft noch zu solchen Situationen wie in Afghanistan, so wie jetzt in Mali. Die Frage wurde immer abschlägig beschieden. Ich finde, wenn Sie sich darum kümmern, tun Sie als Ausschuss etwas Gutes.

Der Vorsitzende: Die letzte Wortmeldung kommt von Frau Zeino.

Sve Dr. Ellinor Zeino: Vielen Dank. Meine Frage zum Thema Pakistan geht vor allem an Herrn Schindler. Wie wurde Ihrer Beobachtung nach die Rolle Pakistans in der Bundesregierung wahrgenommen? Wurde ihr Bedeutung geschenkt? Und hatten Sie den Eindruck, dass es innerhalb des BND ausreichend nutzbare Kontakte, Quellen und Zugänge nach Pakistan gab? War möglicherweise die Informationslage da, aber kein Einflussspielraum? Wie bewerten Sie das?

Herr Joschka Fischer, könnten Sie ein kurzes Statement geben, wie Sie die afghanisch-pakistanischen Beziehungen damals wahrgenommen haben und wie Sie das Dilemma der Informationslage und Handlungsmöglichkeiten bewerten würden?

Der Vorsitzende: Herr Schindler.

Gerhard Schindler (ehem. Präsident des BND): Pakistan war ganz schwierig, denn es war im Grunde genommen ein weißer Fleck auf der Weltkarte. Es war immer schwierig zu beurteilen, wer eigentlich die reale Macht in Pakistan hat: Ist es das Heer oder der Oberbefehlshaber des Heeres,



der aus unserer Sicht jedenfalls derjenige welcher war? Oder ist es der gewählte Staatspräsident oder der Chef des sehr einflussreichen Nachrichtendienstes? Wir haben alle unsere Kontakte genutzt. Ich darf es Ihnen im Einzelnen nicht sagen, aber es gibt beispielsweise einen bekannten Kontakt: Einer der Chefs des Nachrichtendienstes war ein ehemaliger Absolvent der Führungsakademie der Bundeswehr, und insofern sprach er sogar gut Deutsch, war deutschaffin, und diesen Kontakt haben wir natürlich sehr genutzt.

Aber es blieb am Schluss ein weißer Fleck, weil man nicht wusste, wie man in diesen Apparat hineinwirken sollte, wie man unsere Ziele dort positionieren sollte. Denn Faktum war – das haben Sie zutreffend geschildert –, einer der wichtigsten Matadore in der ganzen Region war eben Pakistan, das Afghanistan als seinen Vorhof betrachtet hat, das mit uns ein Stück weit gespielt hat – mal Hekmatyar rein, mal raus. Mal wurden Frühjahrsoffensiven unterstützt, dann wieder nicht unterstützt. Man konnte gut erkennen, wie wichtig Pakistan eigentlich war.

Der **Vorsitzende**: Herr Fischer, Möchten Sie ergänzen?

Joschka Fischer (Bundesminister a. D.): Ich kann direkt daran anknüpfen. Der ISI, der pakistanische Geheimdienst, ist eine Black Box geblieben. Man sagt, die Taliban sind eine Kreation des ISI, sie sind ISI-gesteuert, hängen in ihrer Logistik von der ISI ab, das heißt vom Machtzentrum in Pakistan. Und das war immer die große Schwierigkeit, das war sehr viel mehr als nur ein Geheimdienst. Mit den Jahren der afghanischen Entwicklung tauchten dann die Inder auf. Da

spielte der Kaschmir-Konflikt mit hinein, der für Pakistan und den ISI zentral war. Für mich war es sehr schwer zu durchschauen, wer da wirklich das Sagen hatte. Zu Zeiten Musharrafs war ich mehrmals in Pakistan, aber man hatte nie den Eindruck, genau zu wissen, wo die Macht tatsächlich liegt. Ich hatte den Eindruck, dass auch die Amerikaner darüber nicht ganz sicher unterrichtet waren. Und das waren die engsten und wichtigsten Verbündeten. Zugleich führten sie in Afghanistan gegen Pakistan Krieg. Das macht die ganze Absurdität der Lage klar.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir haben knapp drei Stunden miteinander diskutiert. Weitere Wortmeldungen haben wir nicht. Ich danke Ihnen viere ganz herzlich dafür, dass Sie uns so lange und vor allen Dingen auch so auskunftsfreudig zur Verfügung standen. Ich glaube, das war eine sehr wichtige Beratung für uns, die mit Sicherheit in den weiteren Sitzungen auch noch ihren Widerhall finden wird. Ich bin mir sicher, dass sich aufgrund der Beratungen die einen oder anderen direkt bei Ihnen melden werden. Wir hoffen natürlich, dass Sie auch dafür zur Verfügung stehen. Wir wünschen Ihnen weiterhin alles Gute. Und auch an die Mitglieder der Enquete-Kommission vielen Dank und eine gute Sitzungswoche.

Schluss der Sitzung: 16:12 Uhr

Michael Müller, MdB
Vorsitzender



Kommissionsdrucksache 20(28)28

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Bundesministerin a. D.

Stellungnahme*

Öffentliche Anhörung

zum Thema

**„Politische Verantwortungsstrukturen des Afghanistan-
einsatzes - Rolle von Bundeskanzleramt und
Bundesregierung“**

am 3. Juli 2023

* Die Stellungnahme wurde von der Sachverständigen nachträglich übersandt.

Stellungnahme

Nachdem die politischen Entscheidungen zum Afghanistan-Einsatz der Bundesrepublik Deutschland in der Regierung gefallen waren und die Afghanistankonferenz im November/Dezember 2001 auf dem Petersberg stattgefunden hatte, entschloss ich mich, mir selbst einen Eindruck von der Situation in Afghanistan zu machen. Meine Reise erfolgte vom 12. bis 15.12.2001 - also genau zu dem Zeitpunkt, als die Taliban in Afghanistan ihre endgültige Niederlage einräumten. Wir konnten noch nicht auf dem Flughafen Kabul landen, da dieser zerstört war. Wir flogen daher nach Islamabad und von dort mit einem Flugzeug der UN nach Bagram und fuhren dann mit einem Wagen die Strecke von Bagram nach Kabul. Unterwegs waren noch die Auswirkungen des Krieges überall zu spüren, vor allem die Verminung an den Straßenrändern.

Am Abend dieses ersten Tages traf ich den neu benannten künftigen Präsidenten Hamid Karzai, der gerade an diesem Tag nach Kabul zurückgekehrt war, mit dem ich mich mehrere Stunden über die Situation nach dem Fall der Taliban über die Pläne der neu zu bildenden Regierung, die Situation der Frauen und die Notwendigkeiten der internationalen Hilfe beriet. Alle Treffen auf dieser Reise waren geprägt von den Erwartungen der Frauen und Mädchen, auf Respekt und Anerkennung, auf ihre Hoffnungen, wieder in die Schule gehen zu können, auf ihre Hoffnungen, wieder eine eigene Arbeit ausüben zu können. Mich hat die Begegnung mit der nominierten Gesundheitsministerin besonders berührt: Die Frau, die ich noch niemals in meinem Leben getroffen hatte, umarmte mich und sagte: **Wir haben so auf Euch gehofft!**

Ich möchte Ihnen im Folgenden kurz schildern:

- welche politische Schwerpunktsetzung ich mir vorgenommen hatte,
- welche entwicklungspolitischen Wirkungen wir feststellen konnten,
- wie wir das innerhalb der Bundesregierung strukturiert haben.

Ich gehe dann auf die Probleme und möglichen Defizite ein.

Für mich war eine der Triebfedern des Engagements in Afghanistan, mitzuhelfen, die Entrechtung der Frauen beenden zu helfen und ihre Menschenrechte in einer sehr traditionellen, sehr patriarchalisch geprägten Umgebung sichern zu helfen. Denn abgesehen von der offenkundigen Ungerechtigkeit und der Menschenrechtsverletzung, die in der Entrechtung von Frauen und Mädchen liegt, bewirkt eine Stärkung von Frauenrechten systematisch eine Verbesserung der zivilgesellschaftlichen Strukturen und damit mittelbar auch eine Stabilisierung von Institutionen und Staatlichkeit.

Ich bin noch immer eine überzeugte Anhängerin des Konzeptes der „Responsibility to Protect“. Gerade deshalb halte ich es für eine unverzeihliche Fehlentscheidung, ja ein Verbrechen gegen die Rechte von Frauen, dass die damalige US-Regierung mit den Talibanvertretern in Doha ein Abkommen aushandelte, ohne jegliche Konditionen, das den Abzug der USA und danach auch der anderen nach sich zog!

Von Beginn ihres Einsatzes in Afghanistan arbeitete die deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit, sobald die afghanischen staatlichen Strukturen existierten, mit der afghanischen Zentralregierung zusammen, z. B. in Form von Regierungsverhandlungen oder Konsultationen, aber auch mit regionalen Partnern, als sich der Einsatz in Kundus entwickelte. Dabei waren die afghanischen Minister bzw. die Ministerien von sehr unterschiedlicher Qualität.

In den ersten Jahren lag die Betonung unserer Arbeit sehr auf den lokalen Vorhaben der unmittelbaren Hilfe für die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen. Schwerpunkte des deutschen Engagements wurden:

- Energie (Zugang zu Energieversorgung),
- Gesundheit und Zugang zu sauberem Wasser (Bau und Rehabilitation von Trinkwasseranlagen),
- Wirtschaft (u.a. Zugang zu Mikrokrediten),
- Bildung und Stärkung der Frauen.

Dabei ging es mir zum einen um die Stärkung der ökonomischen Eigenständigkeit der Frauen. Gleichzeitig galt es, die Rechte von Frauen zu schützen und zu verankern, so bei der Entwicklung und Formulierung der neuen Verfassung, bei der Verankerung im „National Action Plan for Women“ und in der „Afghanischen National Development Strategie“.

Wir halfen, Rechtsberatungsstellen und Rechtshilfe zu schaffen, die Frauen vor häuslicher Gewalt und gesellschaftlicher Gewalt, z. B. Zwangsheiraten, schützen sollten. Wir halfen bei der Ausbildung von weiblichem Personal in Justiz, Polizei und Verwaltung. Und wir berieten das Frauenministerium und andere Ministerien bei der Berücksichtigung der Genderperspektive. Über den „Afghan Reconstruction Trust Fund“ unterstützten wir auch Regionen im Süden Afghanistans.

Im Bereich der Bildung arbeitete das Entwicklungsministerium z. B. eng mit dem afghanischen Bildungsministerium zusammen, das im Dezember 2006 eine umfassende Strategie zum Aufbau des Bildungssektors und der nationalen Curricula vorgelegt hatte. Es ging um neue Zukunftsperspektiven für Jungen und Mädchen. Dazu gehörte die Verbesserung der Lehrerausbildung durch neue Lehrerausbildungszentren in den Provinzen. Im Jahr 2008 konnten 6 Millionen junge Menschen die Schule besuchen, darunter mehr als ein Drittel Mädchen. Im Jahr 2001 war den Mädchen diese Chance noch gänzlich genommen.

Im Jahr 2008 verfügte fast die Hälfte aller Schulen mit dem Bau von landesweit 3500 Gebäuden über feste Räumlichkeiten. Über die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wurden dabei 450 Schul- und Ausbildungsstätten neu geschaffen oder rehabilitiert. **Insgesamt kann man wirklich von einer Bildungsrevolution sprechen.**

Für Frauen war neben den besseren schulischen Chancen für Mädchen vor allem der Zugang zu den Gesundheitsstationen und zu rehabilitierten Krankenhäusern wichtig. So konnten die Müttersterblichkeit und auch die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren halbiert werden.

Wie war die Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts der Bundesregierung?

Zu Beginn des Afghanistan-Engagements 2001 gab es die Konzeption der vernetzten Strategie eines Einsatzes noch nicht, wie er in den letzten Jahren entwickelt wurde. Die Diskussion war vielmehr geprägt durch die Frage des Verhältnisses zwischen militärischer Strategie und zivilem Wiederaufbau. In Afghanistan gab es, als sich die „Provincial Reconstruction Teams“ bildeten, ein zentrales Problem: In den US-amerikanischen PRTs hatte das Militär „den Hut“ auf.

In der Diskussion in der Bundesregierung war meine klare Position, dass ich nicht die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Entwicklungszusammenarbeit den Weisungen des Militärs unterstellen würde. Das hätte allen Überzeugungen und Leitbildern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit widersprochen. Deshalb entwickelten wir das Konzept der **„Gemeinsamen Verantwortung, getrennte Verantwortlichkeiten der Ministerien“**, das sich in der Praxis der PRTs insgesamt bewährte, wie ich in Besuchen vor Ort feststellen konnte.

In einem gemeinsamen Papier der vier Ressorts AA, BMI, BMVg und BMZ im August 2006 skizzieren sie ihre jeweiligen Arbeitsfelder und stellen gemeinsam fest: „Die bisherige Zusammenarbeit von AA, BMZ, BMI und BMVg im Rahmen des deutschen Afghanistan-Engagements hat gezeigt, dass ein Schulterschluss aller vier Ressorts zu messbaren Ergebnissen führt. Diese gemeinsamen Anstrengungen müssen fortgesetzt werden, wobei die Ausrichtung auf das „afghan ownership“ in den Vordergrund gestellt werden soll.“

Welche tieferliegenden Ursachen gibt es aus meiner Sicht dafür, dass sich die Taliban ab 2005/2006 wieder reorganisierten?

Meines Erachtens gab es von Anfang an ein massives Spannungsverhältnis zwischen der Antiterrorismus-Strategie der USA, Stichwort „Operation Enduring Freedom“ und dem Stabilisierungsansatz der ISAF. Das Vorgehen von US-Kräften, noch mehr von privaten militärischen Kräften unter US-Einfluss, führte nach einiger Zeit zur Ablehnung in der Bevölkerung. Aus den Befreiern schienen Besatzer geworden zu sein. Hinzu kommt, dass der von den USA im Jahr 2003 begonnene Irak-Krieg unter mehreren Gesichtspunkten Auswirkungen auf die Situation in Afghanistan hatte: Aufmerksamkeit und auch die Finanzierung durch die USA ließen nach (siehe auch die Stellungnahme von General Petraeus), die islamistischen Bewegungen erhielten weltweit Zulauf. Die Missachtung von Menschenrechten und die „Legalisierung“ von Foltermethoden, die die USA praktizierten und die jedem internationalen Recht widersprachen, etwa am Beispiel des Skandals im irakischen Gefängnis Abu Graib 2004, führten zu einer Verachtung im Bewusstsein vieler Afghanen und erleichterten den Taliban den Zugang zur Unterstützung der Bevölkerung. Und das hatte Auswirkungen auf das Verständnis von Soldaten insgesamt, „dass alle Soldaten gleich seien.“ Präsident Obama versuchte, als er 2009 ins Amt kam, eine Veränderung der Strategie, aber da war es schon zu spät.

Was hätte die Konsequenz sein müssen?

Hätten Gruppierungen der Taliban in die internationalen Beratungen einbezogen werden sollen? Das hatte im Jahr 2007 der damalige SPD Vorsitzende Kurt Beck vorgeschlagen, er erntete aber nur Ablehnung zu diesem Vorschlag. Eine frühzeitige internationale Verhandlung nach der Londoner Konferenz von 2010 wäre sicher richtig gewesen: Übergabe in die afghanische Verantwortung und verhandelter Abzug der Truppen, aber mit verhandelten Konditionen.

War also alles umsonst ?

Ich denke nein, denn 20 Jahre freiere Lebenschancen, für junge Menschen und für Frauen, das sind Keimzellen der Hoffnung, die niemand beiseiteschieben kann! Jeder Einsatz muss einzeln bewertet werden. Deshalb kann man nicht abstrakt sagen, wie eine mögliche künftige Mission nach den Erfahrungen des Afghanistan-Einsatzes aussehen sollte. Auf jeden Fall müssten folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- EINE UN-Mission
- Zurückdrängen des Einflusses großer Mächte
- Klare Regelungen für Militäreinsätze, einschließlich einer Exitstrategie.

Abschließend mein Plädoyer zu Gunsten der unverzichtbaren Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in der Stabilisierung konfliktbelasteter Regionen!

Ich danke all den Menschen, die sich unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit für die Menschen in Afghanistan eingesetzt haben. Es war nicht umsonst!